



2009	<b>2010</b>	2011	2012	2013	2014	2015
------	-------------	------	------	------	------	------

Stadtküche (Bild: Stefan Walter)

# **Geschäftsbericht 2010**

## Gesundheits- und Umweltdepartement

# Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Gesundheits- und Umweltdepartement

<b>1.</b>	<b>Vorwort</b>	<b>147</b>
<b>2.</b>	<b>Legislaturziele, Jahresschwerpunkte</b>	<b>148</b>
<b>3.</b>	<b>Kennzahlen Gesundheits- und Umweltdepartement</b>	<b>150</b>
<b>3.1</b>	<b>Allgemeine Kennzahlen</b>	<b>150</b>
<b>3.2</b>	<b>Spezifische Kennzahlen</b>	<b>151</b>
<b>4.</b>	<b>Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen</b>	<b>152</b>
<b>4.1</b>	<b>Departementssekretariat</b>	<b>152</b>
4.1.1	Aufgaben	152
4.1.2	Jahresschwerpunkte	152
4.1.3	Kennzahlen	153
<b>4.2</b>	<b>Stadtärztlicher Dienst</b>	<b>154</b>
4.2.1	Aufgaben	154
4.2.2	Jahresschwerpunkte und Kennzahlen	154
<b>4.3.</b>	<b>Stadtspital Waid</b>	<b>156</b>
4.3.1	Aufgaben	156
4.3.2.	Jahresschwerpunkte	156
4.3.3	Kennzahlen	157
<b>4.4</b>	<b>Stadtspital Triemli</b>	<b>158</b>
4.4.1	Aufgaben	158
4.4.2	Jahresschwerpunkte	158
4.4.3	Kennzahlen	160
<b>4.5</b>	<b>Pflegezentren</b>	<b>162</b>
4.5.1	Aufgaben	162
4.5.2	Jahresschwerpunkte	162
4.5.3	Kennzahlen	164
<b>4.6</b>	<b>Städtische Gesundheitsdienste</b>	<b>165</b>
4.6.1	Aufgaben	165
4.6.2	Jahresschwerpunkte	165
4.6.3	Kennzahlen	167
<b>4.7</b>	<b>Altersheime</b>	<b>170</b>
4.7.1	Auftrag	170
4.7.2	Jahresschwerpunkte	170
4.7.3	Kennzahlen	172
<b>4.8</b>	<b>Umwelt- und Gesundheitsschutz</b>	<b>173</b>
4.8.1	Aufgaben	173
4.8.2	Jahresschwerpunkte und Kennzahlen	173
<b>4.9</b>	<b>Stadtküche</b>	<b>177</b>
4.9.1	Aufgaben	177
4.9.2	Jahresschwerpunkte	177
<b>4.10</b>	<b>Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich</b>	<b>178</b>
4.10.1	Aufgaben	178
4.10.2	Jahresschwerpunkte	178
<b>4.11</b>	<b>Beratungsstelle Wohnen im Alter</b>	<b>181</b>
4.11.1	Aufgaben	181
4.11.2	Jahresschwerpunkte	181
4.11.3	Kennzahlen	181
<b>5.</b>	<b>Parlamentarische Vorstösse</b>	<b>182</b>

# 1. Vorwort



Dr. oec. Claudia Nielsen. (Bild: Gian Vait)

«Ich bin überzeugt, dass wir Sicherheit, Würde und Geborgenheit der Bewohnerinnen und Bewohner in unseren Pflegezentren gewährleisten können.»

Im Mai 2010 habe ich das Gesundheits- und Umweltdepartement von meinem Vorgänger Robert Neukomm übernommen. Das Departement ist gross und vielfältig, sein Spektrum reicht von A wie Altersheim bis Z wie ZüriWC. Das Gesundheits- und Umweltdepartement trägt die Verantwortung für zwei Spitäler, 10 Pflegezentren, 27 Altersheime und 35 Alterssiedlungen. Wir engagieren uns für einen respektvollen Umgang mit der Umwelt, für die 2000-Watt-Gesellschaft, für eine qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung für alle und für ein selbstbestimmtes Leben im Alter.

Robert Neukomm führte das Departement zwölf Jahre lang. Mit dem Wechsel an der Spitze bleiben Kontinuität bei den Werten und der Wille zur ständigen Weiterentwicklung von Angeboten und Dienstleistungen.

Zahlreiche Geschäfte waren bei meinem Amtsantritt bereits so weit vorbereitet, dass sie im Laufe des Jahres abgeschlossen werden konnten. So die Abstimmungen über den Neubau des Altersheims Trotte und über den Verkauf der Stadtküche an die gemeinnützige Stiftung DSR. Beide Vorlagen wurden von den Stimmberechtigten angenommen. Die Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderats publizierte ihren Bericht

zu den Vorfällen im Pflegezentrum Entlisberg. Die Pflegezentren haben inzwischen eine Reihe von Massnahmen umgesetzt, damit sich so etwas nicht wiederholt. Ich bin überzeugt, dass wir Sicherheit, Würde und Geborgenheit der Bewohnerinnen und Bewohner in unseren Pflegezentren gewährleisten können. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Pflegezentren, aber auch Bewohnende und ihre Angehörigen schauen heute genauer hin und handeln rascher, wenn sie Mängel vermuten.

Für die Neuordnung der Pflegefinanzierung per 1. Januar 2011 mussten innert dreier Monate die finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen in der Stadt Zürich geschaffen werden – eine komplexe Angelegenheit bei mehreren Tausend betroffenen Menschen und einer hohen Zahl an beteiligten Institutionen. Gemäss der Gesetzgebung von Bund und Kanton Zürich müssen die Gemeinden neu die Kosten übernehmen, die weder durch die Krankenversicherungen noch durch die Eigenbeteiligung der Patientinnen und Patienten gedeckt sind. Das bedeutet eine Mehrbelastung des städtischen Budgets mit jährlich etwa 32,5 Mio. Fr. ab 2014, nach Ablauf der dreijährigen Übergangsfrist.

Auch bei den Stadtspitälern Triemli und Waid ist die Finanzierung ein aktuelles Thema. Vieles ist im Umbruch, da ab 2012 die neue Spitalfinanzierung und die Fallpauschalen in Kraft treten werden. Die Stadt Zürich ist und bleibt die verlässliche Trägerin der beiden Stadtspitäler, die ihre Kooperation untereinander weiter verstärken. Die Stadtspitäler sind für die kommenden Veränderungen gut gerüstet. Eine ständige Erneuerung ist Pflicht: So konnte im Waid die neu gebaute Notfallabteilung bezogen werden, und im Triemli wächst das neue Bettenhaus in die Höhe.

Viele zukunftsweisende Projekte können nur dank guter Zusammenarbeit verschiedener Departemente realisiert werden. So zum Beispiel die Zentrale Ausnüchterungsstelle (ZAS), ein Pilotprojekt mit medizinischer Betreuung, wo betrunkene Personen, die sich oder andere gefährden, eingewiesen werden. Die Stadtpolizei, die Städtischen Gesundheitsdienste und das Sozialdepartement arbeiten hier Hand in Hand. So leisten sie gemeinsam einen Beitrag zur Prävention, zur Sicherheit und zur Entlastung der Notfallstationen in den Spitälern.

Stadträtin Claudia Nielsen, Dr. oec.  
Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements

## 2. Legislaturziele, Jahresschwerpunkte

### Personelles

Generationenwechsel in den Stadtspitälern Waid und Triemli: In beiden Spitälern traten die langjährigen Medizinischen Direktoren 2010 in den Ruhestand. Ihre Positionen konnten mit erfahrenen internen Chefärzten besetzt werden, die seit mehr als zehn Jahren im jeweiligen Stadtspital tätig waren: Dr. Daniel Grob (Waid, ab 1. Juli 2010) und Prof. Dr. Andreas Zollinger (Triemli, ab 1. November 2010). Die neuen Medizinischen Direktoren ersetzen die pensionierten Medizinischen Direktoren Prof. Dr. Hugo Bühler (Waid) und Prof. Dr. Dr. h. c. Urs Metzger (Triemli) auch in der Geschäftsleitung des Gesundheits- und Umweltdepartements.

Dr. Daniel Grob ist seit 1990 am Stadtspital Waid tätig, seit 2001 als Chefarzt der heutigen Klinik für Akutgeriatrie. Der 56-Jährige wirkt an der Universität Zürich als Lehrbeauftragter und ist Mitglied der zentralen Ethikkommission der Schweizerischen Akademie der medizinischen Wissenschaften (SAMW).

Sein Vorgänger, Prof. Dr. Hugo Bühler, war seit 1989 Chefarzt der Medizinischen Klinik und seit 1992 Medizinischer Direktor. In seine Amtszeit fielen wichtige Entscheidungen, wie die Gesamtrenovation des Spitals, die Entwicklung der akutgeriatrischen Klinik und der Ausbau der Radiologie.

Prof. Dr. Andreas Zollinger trat 1999 als Chefarzt Anästhesiologie und Leiter des Instituts für Anästhesiologie und Intensivmedizin ins Stadtspital Triemli ein. Seit 2005 ist er Mitglied der Spitalleitung und seit dem 1. April 2009 Leiter des Departements Transversale Disziplinen. Die Medizinische Fakultät der Universität Zürich ernannte Zollinger 2005 zum Titularprofessor.

Sein Vorgänger, Prof. Dr. Dr. h. c. Urs Metzger, war seit 1990 als Chefarzt der Chirurgischen Klinik sowie seit 1999 als Medizinischer Direktor am Stadtspital Triemli tätig. Er prägte die Entwicklung des Stadtspitals Triemli bei der Erweiterung des Behandlungstrakts und als grosser Förderer der Interdisziplinarität. Er engagierte sich stark für ethische Aspekte in der Medizin.

### Verkauf der Stadtküche

Am 13. Juni 2010 ist das Zürcher Stimmvolk der Empfehlung des Stadtrats und Gemeinderats gefolgt, die Stadtküche als Dienstabteilung aufzulösen bzw. zu verkaufen. Mit dem Verkauf der Stadtküche wird sichergestellt, dass mit der neuen Eigentümerin, der gemeinnützigen Westschweizer Stiftung DSR, der freie Markt langfristig erfolgreich bearbeitet werden kann. Die Erhaltung der Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich war eines der Hauptmotive, die Stadtküche zu verkaufen.

Die Stiftung DSR ist nicht auf Gewinnmaximierung fokussiert, sondern lebt hohe soziale Verantwortung. Das Personal der Stadtküche wird von der DSR zu den bisherigen Anstellungsbedingungen übernommen. Dafür wurde eine Besitzstandgarantie von fünf Jahren vertraglich festgelegt. Zudem ermöglicht ein guter Gesamtarbeitsvertrag, dass das Personal der Stadtküche auch nach Ablauf der Besitzstandgarantie zu fairen Anstellungsbedingungen beschäftigt wird.

Die Schul- und Hortverpflegung war ein Kerngeschäft der Stadtküche. Dies wird auch in Zukunft unter der neuen Besitzerin so bleiben. Die Schul- und Hortverpflegung ist ein Wachstumsmarkt, den DSR noch intensiver bearbeiten wird. Weil die Konkurrenz in diesem Marktsegment gross ist, wird nebst dem Preis auch die Qualität des Angebots von entscheidender

Bedeutung sein. Mit der 20%-Beteiligung der Stadt Zürich an der Menu and More AG, einer Tochterfirma von DSR, werden die städtischen Interessen bezüglich Angebot und Qualität der Mahlzeiten für die Schul- und Hortverpflegung gewahrt.

Mit dem Verkauf der Stadtküche per 31. Dezember 2010 wurde eine 131-jährige Entwicklungsgeschichte abgeschlossen.

### Eine Altersstrategie für die Stadt Zürich

Heute wohnen rund 60000 Menschen über 65 Jahre in Zürich. Sie sollen sich in unserer vielfältigen, dynamischen Stadt zuhause fühlen. Ältere Menschen sollen so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben führen können. Und sie sollen die Gewissheit haben, dass geeignete Angebote bestehen, wenn die Kräfte nachlassen oder wenn gesundheitliche Probleme auftauchen.

Seit September wird im Gesundheits- und Umweltdepartement an einer Altersstrategie für die Stadt Zürich gearbeitet. Damit soll eine neue Basis für die städtische Alterspolitik geschaffen werden, die den neusten Erkenntnissen und den Entwicklungen der letzten zehn Jahre Rechnung trägt – so lange ist es her, seit das Alterskonzept erschienen ist. Um nur einige dieser Entwicklungen zu nennen: Langsam kommt eine neue Generation ins Pensionsalter, Menschen mit sehr unterschiedlichen Lebensläufen. Das Alter wird vielfältiger. Die so genannten Babyboomer etwa haben andere Vorstellungen vom Alter als ihre Eltern, sie werden neue Bedürfnisse anmelden. Dasselbe gilt für Menschen aus anderen Kulturen, die sich vor Jahren hier niedergelassen haben und ihren Lebensabend hier verbringen werden. Dann haben sich die Stadtquartiere unterschiedlich entwickelt. Manche sind stärker gewachsen als andere, einige haben sich verjüngt, in anderen hat die ältere Bevölkerung stark zugenommen. Da und dort sind also Anpassungen bei den städtischen Wohn- und Betreuungsangeboten nötig. Nicht unbedeutend für die städtische Alterspolitik ist auch die neue Pflegefinanzierung, die am 1. Januar 2011 eingeführt wird. Mit all diesen und noch vielen weiteren Fragen befasst sich die neue Altersstrategie, mit deren Umsetzung voraussichtlich 2011 begonnen werden kann.

### Gesundheitsnetz 2025

2010 erhielt das Gesundheitsnetz 2025 ein neues Profil: Vereinsstrukturen und ein Vereinssekretariat wurden aufgebaut, und drei Pilotprojekte starteten operativ. Zahlreiche Aktivitäten, die zuvor das Gesundheits- und Umweltdepartement durchführte, liegen nun in der Hand des Vereins, z. B. die Jahresveranstaltung oder die Herausgabe des Newsletters. Mit der Überführung in eine breit abgestützte Organisationsstruktur wurde der Auftrag der Kommunikationsplattform plangemäss erfüllt und erfolgreich abgeschlossen. Das GUD ist nun, mit Vertreterinnen und Vertretern im Vorstand und im Thinktank, ein engagiertes Mitglied des Vereins Gesundheitsnetz 2025 unter vielen. Der Verein führt neu zum ersten Mal einen Projektwettbewerb zur Förderung von innovativen und institutionenübergreifenden Zusammenarbeitsformen durch.

Parallel zu den Aktivitäten des Vereins werden die Pilotprojekte des GUD weiterhin durch das GUD gesteuert. Das zuständige Gremium erhielt einen neuen Namen (Programmsteuerung Gesundheitsnetz 2025) und aufgrund von Pensionierungen auch eine leicht geänderte personelle Zusammensetzung.

Grundsätzlich wurde aber an der bewährten Steuerungsstruktur festgehalten.

Mit dem operativen Start der drei Projekte Kompass, Leila und Salute und den beiden bereits früher gestarteten Projekte SiL und Notfallpraxis Waid sind nun insgesamt fünf Pilotprojekte aktiv. Kompass ist ein Case-Management-Projekt, Leila engagiert sich für chronisch Kranke, und mit Salute startete ein Freiwilligenprojekt. Damit wird das Gesundheitsnetz 2025 im Praxisfeld viel sichtbarer und konkreter. Das eHealth-Projekt Elektronischer Austausch von Patientinnen- und Patientendaten erreichte mit dem Abschluss einer vertieften Umfeldanalyse einen wichtigen Meilenstein. Beim Projekt ZüriNotfall-Praxis, einer Zusammenarbeit des Ärztenetzwerks zmed und des Stadtsitals Triemli, kam es hingegen zum Projektabbruch. Damit repräsentieren die Projekte die allgemeine Dynamik im Gesundheitswesen: Es läuft viel, wenn auch manchmal etwas anders als erwartet, und trotz hohen persönlichen Engagements gelingt nicht immer alles.

### **Neuordnung der Pflegefinanzierung**

Auf den 1. Januar 2011 treten das neue Bundesgesetz über die Neuordnung der Pflegefinanzierung wie auch das neue Pflegegesetz des Kantons Zürich in Kraft. Das Bundesgesetz regelt die Beiträge der Krankenversicherer für die ganze Schweiz einheitlich und führt eine nach oben begrenzte Kostenbeteiligung der Empfängerinnen und Empfänger von Pflegeleistungen an den Pflegekosten ein. Das Pflegegesetz legt die Aufgaben der Gemeinden bei der Neuordnung der Pflegefinanzierung fest und regelt die Restfinanzierung. Die Gemeinden sind gemäss

kantonalem Pflegegesetz für die bedarfs- und fachgerechte stationäre und ambulante Pflegeversorgung zuständig. Sie bezeichnen eine Auskunfts- und Vermittlungsstelle.

Die Gemeinden haben die Pflegekosten der ambulanten und stationären Leistungserbringenden, die nach Abzug der Beiträge der Krankenkassen und der Eigenbeteiligung übrigbleiben, zu übernehmen. Diese Kostenübernahme ist unabhängig von der Einkommens- und Vermögenslage der pflegebedürftigen Person und auch unabhängig von der Art der Trägerschaft geschuldet.

Die Neuregelung der Pflegefinanzierung führt spätestens nach der dreijährigen Übergangsfrist im stationären Bereich zu einer erheblichen Zusatzbelastung der Stadt Zürich von rund 23,7 Mio. Fr.; im ambulanten Bereich kann mit einer geringfügigen Entlastung von 1,6 Mio. Fr. gerechnet werden. Die neue Eigenbeteiligung der Leistungsempfänger wird zu höheren Zusatzleistungen von 10,4 Mio. Fr. führen, so dass eine Gesamtbelastung der Stadt Zürich nach Ablauf der Übergangsfrist von 32,5 Mio. Fr. entsteht.

Die neuen Aufgaben aus dem Pflegegesetz werden wie folgt wahrgenommen: Die Auszahlung der öffentlichen Pflegebeiträge wird im stationären Bereich durch das Amt für Zusatzleistungen und im ambulanten Bereich durch die Städtischen Gesundheitsdienste erfolgen. Die stationäre Bedarfsplanung ist neue Aufgabe des Departementssekretariats GUD, für die ambulante Bedarfsplanung sind die Städtischen Gesundheitsdienste zuständig. Die Beratungsstelle Wohnen im Alter erteilt Auskunft über das Angebot der eigenen Heime sowie dasjenige der Vertragsheime.

## 3. Kennzahlen Gesundheits- und Umweltdepartement

### 3.1 Allgemeine Kennzahlen

	2006	2007	2008	2009	2010
Mitarbeitende total	6535	6635	6730	6766	6830
– davon Frauen	4969	5004	5056	5050	5091
– davon Männer	1566	1631	1674	1716	1739
Ø Stellenwert-Äquivalent <sup>2</sup>	5275	5439	5457	5531	5579
Führungskader total	895	895	917	916	906
– davon Frauen	545	525	540	536	525
– davon Männer	350	370	377	380	381
Lernende total	602	499	430	513	566
– davon Frauen	490	382	319	397	434
– davon Männer	112	117	111	116	132
<b>Angestellte mit Beschäftigungsgrad ≥ 90.00% (Vollzeitstellen)<sup>1</sup></b>					
Total	3721	3819	3850	3857	3833
Frauen	2387	2421	2441	2397	2397
Männer	1334	1398	1409	1460	1436
Frauen in %	64.1	63.4	63.4	62.1	62.5
Männer in %	35.9	36.6	36.6	37.9	37.5
<b>Angestellte mit Beschäftigungsgrad = 50.00–89.99% (Teilzeitstellen I)<sup>1</sup></b>					
Total	2197	2207	2268	2305	2349
Frauen	2009	2021	2063	2106	2114
Männer	188	186	205	199	235
Frauen in %	91.4	91.6	91.0	91.4	90.0
Männer in %	8.6	8.4	9.0	8.6	10.0
<b>Angestellte mit Beschäftigungsgrad = 0.01–49.99% (Teilzeitstellen II)<sup>1</sup></b>					
Total	617	609	692	661	713
Frauen	573	562	619	597	633
Männer	44	47	73	64	80
Frauen in %	92.9	92.3	89.5	90.3	88.8
Männer in %	7.1	7.7	10.5	9.7	11.2
<b>Personalaufwand</b>					
Personalaufwand	560769852	575414817	604871435	628931662	642278858
Sachaufwand	182568692	191727792	205002071	211771833	212927391
Übriger Aufwand	183370595	178863341	184229739	181383142	190768604
Total Aufwand	926709139	946005950	994103245	1022086637	1045974853
Bruttoinvestitionen	10674834	18842442	14428295	10807909	21105978

#### Definitionen:

In den jeweiligen Zahlen sind diejenigen Mitarbeitendenkreise berücksichtigt, die in den gesamtstädtischen Personalkennzahlen im Stadtratsteil genannt sind. Ab 2008 werden alle Mitarbeitenden mit aktiver Anstellung im Dezember gezählt. Bis 2007 wurden nur jene mit aktiver Anstellung und Lohnzahlung im Dezember gezählt.

<sup>1</sup> Bis 2007 wurden Mehrfachanstellungen pro Mitarbeitenden zuerst addiert und dann als eine einzige Anstellung ausgewiesen. Mit der Einführung von SAP werden ab 2008 alle Anstellungen einzeln mit dem entsprechenden Beschäftigungsgrad ausgewiesen. Das Total aller Anstellungen entspricht somit nicht mehr dem Total aller Mitarbeitenden. Die Anzahl der Anstellungen 2008 wurden entsprechend korrigiert und mit den Werten von 2009 vergleichbar gemacht.

<sup>2</sup> Die Stellen der Stadträtinnen und Stadträte werden wieder in der Institution 1015 Stadtrat mitgezählt; die durchschnittlichen Stellenwert-Äquivalente 2008 reduzieren sich dadurch um 1 Stellenwert.

## 3.2 Spezifische Kennzahlen

### Freiwillige Mitarbeit

Im Berichtsjahr haben 1141 Personen, davon 876 Frauen und 265 Männer, in den Institutionen des GUD einen freiwilligen Einsatz geleistet. Während 70 828 Stunden setzten sie sich für das Wohl der Bewohnerinnen und Bewohner in den Pflegezentren, Altersheimen und Alterssiedlungen sowie der Patientinnen und Patienten in den beiden Stadtspitälern ein.

Erstmals wurden Freiwillige aus allen Dienstabteilungen des GUD gemeinsam mit einer Schulung in ihrer Tätigkeit unterstützt. In vier halbtägigen Modulen wurden ihnen Themen wie das Alter in der Gesellschaft, der Umgang mit Veränderungen im Alter und Grundlagen der Kommunikation näher gebracht.

Freiwillig Mitarbeitende, die mit dementen Bewohnerinnen und Patienten arbeiten, konnten zudem ein Vertiefungsmodul über demenzielle Erkrankungen besuchen. Das Schulungszentrum Gesundheit der Stadt Zürich führte einen Kursblock im Frühjahr und einen im Herbst durch; ein weiterer Block konnte im Dezember begonnen werden. Eine erste Auswertung zeigte, dass die Freiwilligen dieses Angebot schätzen und die behandelten Themen sowie die Art, wie sie vermittelt wurden, positiv beurteilen.

Weitere Informationen über das Gesundheits- und Umweltdepartement können dem Internet entnommen werden:

[www.stadt-zuerich.ch/gud](http://www.stadt-zuerich.ch/gud)

## 4. Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen

### 4.1 Departementssekretariat

#### 4.1.1 Aufgaben

Hauptaufgabe des Departementssekretariats (DS) ist die Unterstützung der Departementsvorsteherin, des Stadtrats und des Gemeinderats bei der Vorbereitung und Umsetzung ihrer Entscheide. Ferner koordiniert das DS die Zusammenarbeit innerhalb des Gesundheits- und Umweltsdepartements und mit anderen Departementen.

#### 4.1.2 Jahresschwerpunkte

##### **Kauf der Zentralwäscherei**

Die Zentralwäscherei (ZWZ) wurde 1967 als unselbständige Anstalt des Kantons Zürich in Betrieb genommen und der Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich (GD) unterstellt. Die Wäscherei befindet sich im Industriegebiet Hardbrücke im Kreis 5 der Stadt Zürich. Das Universitätsspital Zürich, das Kantonsspital Winterthur, die Stadtspitäler Waid und Triemli sowie die Pflegezentren der Stadt Zürich sind die grössten Kundinnen der ZWZ. Zusammen generieren sie rund zwei Drittel des Umsatzvolumens.

Eine von der GD im Jahr 2005 in Auftrag gegebene externe Studie zeigte auf, dass die ZWZ in ihrer ursprünglichen Form nicht oder nur sehr eingeschränkt auf den Preisdruck durch die privatwirtschaftlich organisierte Konkurrenz im In- und Ausland reagieren konnte. Im Januar 2006 setzte die GD eine Arbeitsgruppe «Zukunft ZWZ» ein, deren Auftrag es war, zu prüfen, wie die politische Forderung, die ZWZ nach marktwirtschaftlichen Spielregeln zu führen, am besten erfüllt werden könnte. Das Ergebnis dieser Untersuchungen zeigte, dass der Verkauf der ZWZ an die grössten Kundinnen und Kunden die tragfähigste Lösung darstellen würde. Aus diesem Grund entschied der Regierungsrat auf Antrag der GD, die ZWZ an die grössten Kundinnen und Kunden zu verkaufen und vorab eine Aktiengesellschaft zu gründen.

Die potenziellen Käuferinnen und Käufer (Stadt Zürich, Universitätsspital Zürich, Kantonsspital Zürich) entschieden daraufhin, den Kauf der ZWZ zu prüfen. Aufgrund einer durchgeführten Unternehmensbewertung und einer gemeinsam formulierten Eignerstrategie kamen sie zum Schluss, dass sich der Kauf der ZWZ lohnt. Vordringliches Ziel der Käuferinnen und Käufer ist es, die Wäscheversorgung aus eigener Kraft aufrechtzuerhalten und nicht von Dritten abhängig zu sein.

Auf Antrag des Stadtrats entschied der Gemeinderat am 3. März 2010, dass sich die Stadt Zürich an der neugegründeten ZWZ AG mit 40% beteiligt (das Universitätsspital Zürich ist ebenfalls mit 40% und das Kantonsspital Winterthur mit 20% am Aktienkapital der ZWZ AG beteiligt). Die ZWZ AG ist seit dem 1. Juli 2010 im Besitz der neuen Eigentümerinnen und Eigentümer. Der von ihnen gewählte Verwaltungsrat hat sich konstituiert.

##### **Wettbewerb Aktive Nachbarschaft**

Nachbarschaftshilfe gibt es tagtäglich. Aber sie ist – gerade in der Stadt Zürich mit vielen Einpersonenhaushalten und anonymen Mehrfamilienhäusern – nicht selbstverständlich. Eine gute Nachbarschaft bedingt, dass die Menschen sich kennen, schätzen und vertrauen. Ausserdem ist sie das erste und wirksamste Netz bei akuten Krisen jeder Art oder um Nachbarschaftskonflikte zu vermeiden. Auch wer im Alter möglichst lange in der eigenen Wohnung bleiben möchte, ist oft auf die Unterstützung von Nachbarinnen oder Nachbarn angewiesen. Das Gesundheits- und Umweltsdepartement hat daher den Wettbewerb «Aktive Nachbarschaft» lanciert und damit Nachbarschaftsgruppen motiviert, sich besser kennenzulernen und ein gemeinsames Projekt für die gute Nachbarschaft zu entwickeln. Am Tag der Nachbarn, am 28. Mai, fand die öffentliche Preisverleihung statt. Die Jury konnte drei überzeugende Projekte auszeichnen: das Kochbuch der Familie Hardau, Zwischenräume in der Siedlung Dennlerstrasse und Filmabende an der Diererstrasse.

#### 4.1.3 Kennzahlen

##### Beiträge Laufende Rechnung (Übersicht grössere Institutionen)

(in Fr.)	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Beiträge an Spitäler/Heime</b>					
Diakoniewerk Neumünster, Spital Zollikerberg	5 619 749	2 696 195	6 691 804	5 471 944	3 495 131
Diakoniewerk Neumünster, Krankenheim Rehalp	398 354	306 088	676 995	1 420 199	1 350 000
Stiftung Krankenhaus Sanitas, Kilchberg	5 040 928	4 937 691	4 903 904	5 316 052	2 465 747
Diakonat Bethesda, Krankenheim	531 617	377 540	960 774	1 109 460	882 871
Diakonissenhaus Bethanien, Pflegeheim	703 208	144 030	71 010	52 110	28 410
Krankenstation Friesenberg	200 000	200 000	200 000	200 000	250 000
Wohn- u. Krankenstation «Sune-Egge»	1 504 081	1 806 863	1 344 009	1 549 833	1 598 760
<b>Total Beiträge</b>	<b>13 997 937</b>	<b>10 468 407</b>	<b>14 848 496</b>	<b>15 119 599</b>	<b>10 070 919</b>

(in Fr.)	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Beiträge an Gesundheitsinstitute</b>					
Rheumaliga des Kt. Zürich	70 000	70 000	70 000	70 000	70 000
Ärztefon AG*	903 198	925 520	799 590	722 813	790 873
AHS (Zürcher Aids-Hilfe)**	510 000	510 000	510 000	280 000	280 000
Krankenpflegeschule	440 000	470 766	165 000	165 000	0
<b>Total Beiträge</b>	<b>1 923 198</b>	<b>1 976 287</b>	<b>1 544 590</b>	<b>1 237 813</b>	<b>1 140 873</b>

\* früher Ärzteverband für Notfalldienst

\*\* Ab 2009 wird der Beitrag mittels Nettzahlung ausgerichtet (d.h. ohne Beitrag des Kantons).

## Beiträge Investitionsrechnung (Übersicht grössere Institutionen)

(in Fr.)	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Beiträge an Spitäler/Heime</b>					
Verein Diakonenhaus St. Stephanus, Rüschlikon, für PZ Erlenhof	150 000	350 000	130 000	257 000	0
Verein Diakonenhaus St. Stephanus, Rüschlikon, für PZ Nidelbad	350 000	132 000	60 000	84 500	0
Diakoniewerk Neumünster, Kranken- heim Rehalp*	200 000	49 397	165 049	83 354	-94 770
Diakonat Bethesda, Krankenheim	406 664	321 430	404 218	357 137	263 185
Verein WohSch, Verzinsliches Darlehen	-	-	-	-	300 000
<b>Total Beiträge</b>	<b>1 106 664</b>	<b>852 827</b>	<b>759 267</b>	<b>781 991</b>	<b>468 415</b>

\* Rückzahlung eines Darlehens im Jahr 2010  
Die Investitionsbeiträge fallen aufgrund des jeweiligen Baufortschritts an.

## 4.2 Stadtärztlicher Dienst

### 4.2.1 Aufgaben

Der Stadtärztliche Dienst (SAD) erfüllt seine Aufgaben in drei Abteilungen. Der Bereich Public Health und Suchtmedizin ist für die ärztliche Betreuung in den städtischen Drogeneinrichtungen zuständig, macht amtsärztliche Einsätze und amtiert als Fachstelle für öffentliche Gesundheitsplanung. Der Geriatriebereich übernimmt die ärztliche Versorgung in den Pflegezentren sowie in deren teilstationären und ambulanten Einrichtungen. Der Psychiatrisch-Psychologische Dienst betreut sozioökonomisch benachteiligte (u. a. wegen Arbeitslosigkeit, Singlehaushalt, Alter usw.) psychisch kranke Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zürich und berät die Fachpersonen, die sie sozial betreuen.

Der SAD hat sich zu einem Kompetenzzentrum für die medizinische Betreuung der Schwächsten der urbanen Gesellschaft entwickelt.

### 4.2.2 Jahresschwerpunkte und Kennzahlen

#### Public Health

Die amtsärztlichen Einsätze aufgrund von Gefährdungsmeldungen haben erneut zugenommen, obwohl allein 74 Gefährdungsmeldungen über Personen mit Verdacht auf eine Demenz konsequent an die Gerontologische Beratungsstelle, Hausbesuche SiL (Sozialmedizinische individuelle Lösungen), überwiesen werden konnten.

#### Gefährdungsmeldungen mit amtsärztlichen Hausbesuchen

2006	2007	2008	2009	2010
112	125	138	150	160

Zwei Drittel der Einsätze betrafen über 65-Jährige. Je rund ein Siebtel der Meldungen erfolgte durch die Stadtpolizei, die Vormundschaftsbehörde, amtliche Beistände in den Sozialzentren, Vermietungen, Familienangehörige, medizinische Einrichtungen (Spitäler, Arztpraxen, Spitex) und übrige Institutionen.

Salute ist ein gemeinsames Projekt des Schweizerischen Roten Kreuzes, Sektion Zürich, und des SAD im Rahmen des Gesundheitsnetzes 2025. 59 Personen sind zu Hause von dreizehn freiwilligen Mitarbeitenden von Salute in 218 Einsätzen betreut worden. In durchschnittlich vier Einsätzen pro Fall konnte die soziale Situation der vorwiegend von Spitälern und Arztpraxen gemeldeten Kranken meist nachhaltig gebessert werden.

#### Geriatrischer Bereich

Schwerpunkt im Berichtsjahr war die Entwicklung der Gerontologischen Beratungsstelle im Pflegezentrum Entlisberg zu einem Kompetenzzentrum für Abklärung und Begleitung von

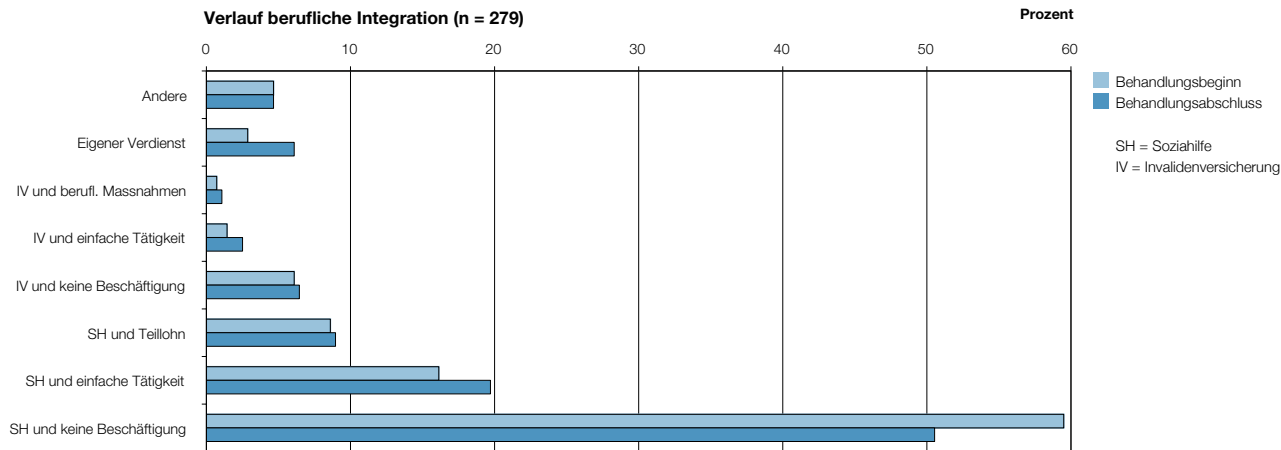
Demenzkranken sowie Entlastung der sie betreuenden Angehörigen. Neu wird von dieser zentralen Anlaufstelle nicht nur auf ärztliche Überweisung eine Abklärung in der Memory-Klinik initiiert. Zusätzlich werden auch individuell angepasste stunden-, tage- oder wochenweise Entlastungsangebote in den Tages- und Pflegezentren der Stadt Zürich organisiert. SiL nahm aufsuchende Abklärungen in Wohnungen von immobilen oder nicht kooperativen Demenzkranken vor sowie die nachhaltige Betreuung und kontinuierliche beratende Begleitung der Angehörigen. So konnten 2010 insgesamt neu 220 (2009: 83) Demenzverdächtige durch SiL untersucht und betreut werden. Bei 74 Personen erfolgte die Zuweisung durch den SAD aufgrund von Gefährdungsmeldungen mit Demenzverdacht. Um dem Anspruch einer nachhaltigen Betreuung gerecht zu werden, musste das Team von im Demenzbereich erfahrenen Pflegenden von zwei auf vier Teilzeitmitarbeitende erweitert werden. Die Betreuung erforderte im Minimum einen telefonischen Anruf, maximal zwölf Besuche und bis zu 50 telefonische Besprechungen. Insgesamt wurden 173 Personen mit einem Hausbesuch untersucht, 20 Personen mussten mehr als zweimal besucht werden, und wegen 63 Personen wurden fünf oder mehr Telefongespräche geführt.

Eine wöchentliche Besprechung der aktuellen Fälle mit dem Chefarzt des SAD bot die Möglichkeit, die Erkenntnisse der modernen Demenzforschung und die jahrzehntelange Erfahrung des SAD in der Betreuung von an Demenz erkrankten Menschen in die Alltagsarbeit von SiL zu integrieren.

Die Memory-Klinik untersuchte im Berichtsjahr 148 Demenzverdächtige (2009: 131). Davon zeigten 9% (11%) normale Hirnleistungen, 25% (21%) eine leichte kognitive Beeinträchtigung, 35% (28%) eine leichte Demenz, 24% (20%) eine mittelschwere Demenz und 1% (3%) eine schwere Demenz. An den Gedächtnistrainings der Memory-Klinik im Tageszentrum Entlisberg wurde 1683-mal teilgenommen (2009: 1509-mal), an den Angehörigentreffen 174-mal (2009: 73-mal).

### Psychiatrisch-Psychologischer Dienst (PPD)

Bei einer Behandlung im PPD stehen zunächst die gesundheitlichen Probleme der Patientinnen und Patienten – in der Regel psychische Erkrankungen – im Vordergrund. Diese lassen sich oft nur verbessern, wenn die damit in enger Wechselwirkung stehenden sozialen Probleme, wie prekäre Wohnverhältnisse, Arbeitslosigkeit oder soziale Isolation, angegangen werden können. Dank der engen Kooperation mit den Sozialen Diensten können die psychiatrischen und sozialen Leistungen aufeinander abgestimmt werden – und in der Synergie kann mehr Wirkung erzielt werden, als wenn jede Leistung losgelöst von den anderen erbracht würde. Dieses Modell der *integrierten psychiatrisch-sozialen Behandlung* führt immer wieder zu überraschenden Entwicklungen bei Personen mit Mehrfachproblemen. Eine erste Auswertung bei 279 von einem Sozialzentrum überwiesenen Personen mit Behandlungsschluss im Jahr 2010 zeigt bei der beruflichen Integration eine zwar kleine, aber in der Tendenz erfreuliche Entwicklung (vgl. Grafik).



25 Personen (9%) gelang ein Aufstieg aus der untersten Kategorie «Sozialhilfe und keine Beschäftigung» in eine höhere Kategorie. Bei 49 (17%) zeigte sich eine Veränderung in Richtung verschiedener Formen einer Arbeitstätigkeit. Neun Personen gelang während der Behandlung im PPD ein

Aufstieg in die oberste Kategorie «Eigener Verdienst». Verglichen mit dem Grossteil der Personen, die nicht aus der Sozialhilfe herauskommen, ist dies zwar nur ein kleiner Anteil, die Daten zeigen aber doch, dass positive Veränderungen möglich sind.

## Kennzahlen Psychiatrisch-Psychologischer Dienst 2006–2010

	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Patientinnen/Patienten</b>	714	878	903	995	1 062
– Frauen	348	456	451	409	424
– Männer	366	422	452	586	638
Neue Behandlungen	611	543	562	566	530
<b>Patientinnen/Patienten von</b>					
– Soziale Dienste	426	497	518	698	758
– Soziale Einrichtungen und Betriebe	42	63	78	100	125
– Zürcher Fachstelle für Alkoholprobleme (zfa)	0	0	1	29	52
– andere	246	318	306	168	127
Total verrechenbare Konsultationen nach KVG	4 261	5 427	5 824	6 700	6 788
Versäumte Sitzungen	1 282	1 581	1 458	1 474	1 759

### Kommentar zu den Kennzahlen

2010 wurden erneut mehr Personen als im Vorjahr betreut. Die Anzahl neuer Patientinnen und Patienten ist jedoch aufgrund einer Begrenzung der Aufnahmekapazität und der vermehrten

Triage an andere Fachstellen leicht zurückgegangen. Die Zahl verrechenbarer Konsultationen ist mit dem Vorjahr vergleichbar, die Zahl versäumter Sitzungen ist angestiegen.

## 4.3. Stadtspital Waid

### 4.3.1 Aufgaben

Das Stadtspital Waid (SWZ) ist für die erweiterte stationäre Grundversorgung in Zürich-Nord zuständig. Das Einzugsgebiet umfasst rund 180 000 Einwohnerinnen und Einwohner.

### 4.3.2. Jahresschwerpunkte

Mitte Jahr wurden die Umbau- und Renovationsarbeiten im Stadtspital Waid mit der Inbetriebnahme der Tiefgarage für das Personal und der neuen Vorfahrt für die Sanität abgeschlossen. Damit ist eine jahrzehntelange Phase zu Ende gegangen,

in welcher der Spitalbetrieb von Bauemissionen geprägt war. Das Stadtspital Waid ist nun mit seinen Bauten und seiner Infrastruktur eines der modernsten Spitäler in der Schweiz.

Die Vorbereitungsarbeiten zur Einführung des ab 2012 geltenden Finanzierungssystems mit Fallpauschalen Swiss-DRG (DRG = Diagnosis Related Groups) wurden im Berichtsjahr fortgesetzt. Um den Herausforderungen gewachsen zu sein, hat die Spitalleitung im Jahr 2010 diverse organisatorische und strukturelle Massnahmen eingeleitet und umgesetzt. So wurde die Spitalleitung um eine Person erweitert und neu organisiert. Der bisherige Bereich Dienste wurde in die beiden Bereiche Finanzen und Services aufgeteilt. Die Leiterin des Bereichs Services, lic. oec. publ. Karin Bögli, wurde vom Stadtrat zur Stellvertretenden Spitaldirektorin ernannt. Die Gesamtverantwortung für den Betrieb liegt beim Spitaldirektor; weitere Mitglieder der Spitalleitung sind der Medizinische Direktor, die Bereichsleiter Pflege und Finanzen und die Bereichsleiterin Services.

In den Kliniken wurden die Behandlungsprozesse mit der Einführung von sogenannten Patientinnen- und Patientenpfaden und mit der Etablierung eines Fallmanagements optimiert. Die Austrittsberichte wurden formal überarbeitet und vereinheitlicht, so dass sie neben den Informationen für die Hausärztinnen und Hausärzte auch konkrete Angaben über die Haupt- und Nebendiagnosen enthalten, die für eine richtige Codierung eines Falls unerlässlich sind.

Die Spitäler im Kanton Zürich mussten sich bis Ende November bei der Gesundheitsdirektion um die Erteilung eines



Der neue Eingangsbereich des Stadtspitals Waid. (Bild: Frederic Meyer)

Leistungsauftrags ab dem Jahr 2012 neu bewerben. Die beiden Stadtspitäler haben ihr medizinisches Angebot im Hinblick auf die Bewerbung um die Leistungsaufträge in verschiedenen Bereichen untereinander abgestimmt. Die Intensität der Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen den beiden Spitälern richtet sich dabei nach den jeweiligen fachspezifischen Erfordernissen.

#### Personelles

Prof. Dr. med. Hugo Bühler wurde im Juli 2010 pensioniert. Dr. med. Daniel Grob, Chefarzt der Klinik für Akutgeriatrie, hat am 1. Juli die medizinische Gesamtleitung am Stadtspital Waid übernommen. Der Nachfolger von Prof. Hugo Bühler als Chefarzt der Medizinischen Klinik ist PD Dr. Manuel Fischler.

#### 4.3.3 Kennzahlen

<b>Geschlecht, Wohnort und Alter der hospitalisierten Patientinnen und Patienten</b>										
	2006	in %	2007	in %	2008	in %	2009	in %	2010	in %
<b>Geschlecht</b>										
– männlich	3 930	45.5	4 211	46.2	4 247	45.8	4 350	46.8	4 524	47.5
– weiblich	4 719	54.5	4 913	53.8	5 021	54.2	4 938	53.2	5 004	52.5
<b>Wohnort</b>										
– Stadt Zürich	7 184	83.0	7 521	82.4	7 621	82.2	7 639	82.2	7 570	79.4
– Vertragsgemeinden der Spitalregion Zürich	46	0.5	68	0.8	74	0.8	67	0.7	54	0.6
– übriges Kantonsgebiet	1 162	13.5	1 235	13.5	1 283	13.8	1 339	14.4	1 604	16.8
– andere Kantone	212	2.5	232	2.5	228	2.5	181	2.0	228	2.4
– Ausland	45	0.5	68	0.8	62	0.7	62	0.7	72	0.8
<b>Alter</b>										
– 0–19	133	1.5	143	1.6	156	1.7	158	1.7	130	1.4
– 20–39	1 139	13.2	1 122	12.3	1 165	12.6	1 171	12.6	1 228	12.9
– 40–59	1 626	18.8	1 718	18.8	1 762	19.0	1 789	19.3	1 879	19.7
– 60–79	2 856	33.0	3 126	34.3	3 061	33.0	3 046	32.7	3 114	32.7
– 80–89	2 252	26.0	2 345	25.7	2 492	26.9	2 476	26.7	2 497	26.2
– 90 und mehr	643	7.5	670	7.3	632	6.8	648	7.0	680	7.1

<b>Patientinnen/Patienten, Pflegetage</b>	2006	2007	2008	2009	2010
Gesamtzahl der Patientinnen/Patienten	8 649	9 124	9 268	9 288	9 528
Zahl der Pflegetage	96 354	97 235	96 143	92 454	94 225
<b>Patientenabgang</b>					
– durch Austritt	8 113	8 551	8 702	8 756	9 005
– durch Tod	322	362	337	344	330
<b>Durchschnittlicher Aufenthalt</b>					
Tage pro Patientin/Patient	11.4	10.9	10.6	10.2	9.9
<b>Auslastung</b>					
Bettenbestand	265	267	263	254	253
Bettenbelegung in %	88.0	88.7	87.6	84.4	84.2

Patientinnen/Patienten, Pflegetage nach Kliniken										
Klinik	2006		2007		2008		2009		2010	
	Patientinnen Patienten	Pflege tage	Patientinnen Patienten	Pflege tage	Patientinnen Patienten	Pflege tage	Patientinnen Patienten	Pflege tage	Patientinnen Patienten	Pflege tage
Medizin	4 098	39 662	4 470	40 147	4 589	41 291	4 487	38 519	4 503	37 655
Chirurgie	3 737	29 555	3 878	30 822	3 843	29 018	3 963	28 080	4 198	28 641
Akutgeriatrie	814	27 137	776	26 266	836	25 834	837	25 855	827	25 929

### Kommentar zu den Kennzahlen

Die Zahl der stationär versorgten Patientinnen und Patienten ist gegenüber dem Vorjahr um 240 bzw. 2,6% angestiegen. In den letzten fünf Jahren betrug die entsprechende Steigerung bei gleich bleibender Bettenzahl (300) 19,3%. Im Jahr 2010 wurden insgesamt 9528 Patientinnen und Patienten stationär versorgt.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer ist um 0,3 Tage von 10,2 auf 9,9 Tage gesunken. Bei den Pflege tagen ist dadurch bedingt ebenfalls ein Rückgang zu verzeichnen. Bei total 92 225 Pflege tagen betrug die Abnahme 229 Tage (-0,2%). Die Bettenauslastung lag bei 84,2%; von den insgesamt 300 betriebenen Betten waren im Jahresdurchschnitt 253 belegt.

Die Herkunft der stationär versorgten Patientinnen und Patienten nach Wohnort hat sich gegenüber dem Vorjahr nur wenig verändert: Der Anteil der Patientinnen und Patienten aus der Stadt Zürich ist leicht auf 79,4% zurückgegangen (Vorjahr 82,2%); 0,6% stammen aus den Vertragsgemeinden, 16,8% aus dem übrigen Kanton Zürich, 2,4% aus anderen Kantonen und 0,8% aus dem Ausland.

Rund 66% der Patientinnen und Patienten waren älter als 59 Jahre und rund 33% älter als 79 Jahre; 100 Jahre und älter waren 15 Patientinnen und Patienten (die älteste Patientin war 109 Jahre alt).

## 4.4 Stadtspital Triemli

### 4.4.1 Aufgaben

Das Stadtspital Triemli (STZ) ist für die Grund- und Notfallversorgung sowie als Zentrumsspital für die spezialisierte Versorgung der Stadtzürcher Bevölkerung zuständig. Zum Versorgungsgebiet gehören weiter auch Gemeinden links von Zürichsee und Limmat sowie angrenzende Gebiete. Das städtische Einzugsgebiet umfasst 172 000 Personen, der weitere Umkreis rund 360 000 Personen. Das STZ deckt mit seinem Leistungsauftrag praktisch das gesamte Spektrum der Akutmedizin für allgemein- und zusatzversicherte Patientinnen und Patienten ab. In einigen Disziplinen erbringt das STZ teilweise hochspezialisierte medizinische Leistungen, die auch Patientinnen und Patienten aus andern Kantonen offenstehen. Das STZ übernimmt zudem wichtige Aufgaben im Bereich der Aus- und Weiterbildung im Gesundheitswesen.

### 4.4.2 Jahresschwerpunkte

#### Pilotprojekt Risikomanagement

Vor dem Hintergrund der seit 2008 neu geltenden Bestimmungen des Obligationenrechts zum Internen Kontrollsystem und zur Risikobeurteilung hat sich das Stadtspital Triemli für die Etablierung eines Risikomanagements entschieden. Dabei wurde die Gelegenheit genutzt, sich früh im Teilbereich Risikomanagement des stadtinternen Projekts Charm (**Chancen- & Risiko-Management** und interne Kontrollen systematisieren) unter Leitung der Finanzverwaltung einzubringen. Dieses Projekt hat sich u. a. zum Ziel gesetzt, ein Konzept mit Minimalstandards

zur pragmatischen, angemessenen Umsetzung der von der Stadt Zürich Ende 2007 definierten Leitplanken zum Chancen- und Risikomanagement zu erarbeiten.

Demzufolge war das Interesse gross, dieses Konzept im Rahmen eines Pilotworkshops mit der Spitalleitung des STZ zu erproben. Die Erkenntnisse aus diesem Workshop sind in die überarbeitete Konzeptdokumentation eingeflossen; das STZ konnte damit einen wertvollen Beitrag leisten. Ziel des Workshops waren die Identifikation von Chancen und Risiken und die Validierung auf Vollständigkeit anhand des St. Galler Management-Modells. Eine systematische Identifikation zeigt auf, welche Ereignisse neue Chancen für die Zielerreichung und Aufgabenerfüllung der Organisation darstellen und welche Risiken diese behindern oder bedrohen können.

Die im STZ identifizierten Risiken und Chancen wurden bewertet und in einer Risikomatrix nach Eintrittswahrscheinlichkeit und Auswirkungen positioniert. Anschliessend wurden die Chancen und Risiken priorisiert sowie Massnahmen für die bedeutendsten Chancen und Risiken definiert.

#### Ambulantes Perioperatives Zentrum

Im Juli ist das Ambulante Perioperative Zentrum (APZ) unter der Leitung von PD Dr. Christoph Hofer eröffnet worden. Mit Blick auf die Einführung der Fallkostenpauschalen nach DRG (Diagnosis Related Groups) 2012 wurden die internen Prozesse rund um eine Operation (perioperativ) intensiv analysiert, um künftig alle Leistungen patientenzentriert, in optimaler Qualität und kosteneffizient erbringen zu können.



In den ersten fünf Betriebsmonaten wurden im APZ bereits 2775 Patientinnen und Patienten betreut. (Bild: Roland Brühwiler)

Ziel des APZ ist es, Patientinnen und Patienten zeitgerecht auf ihre Operation im STZ vorzubereiten und vollumfänglich aufzuklären. Um den gesamten Prozess patientenzentriert zu gestalten, ist das APZ konsequent interdisziplinär ausgerichtet, d. h. alle an der perioperativen Behandlung der Patientinnen und Patienten beteiligten Fachdisziplinen arbeiten Hand in Hand. Dazu gehört auch eine klare Einbindung der Hausärztinnen und Hausärzte sowie der weiteren externen Zuweisenden bei sämtlichen notwendigen Untersuchungen und Abklärungen. Diese Einbindung erlaubt es, Doppelspurigkeiten und redundante Untersuchungen zu vermeiden und den Eingriff bestmöglich zu planen.

Im APZ werden alle medizinischen Informationen koordiniert: Die relevanten Daten werden zusammengeführt, wenn nötig ergänzt, und es wird eine komplette Patientendokumentation erstellt. Notwendige Abklärungen im Vorfeld einer Operation werden, wenn immer möglich und gewünscht, durch die externen Zuweisenden durchgeführt. Im APZ erfolgt zudem die Betreuung von Patientinnen und Patienten, die sich einem ambulanten Eingriff unterziehen müssen oder direkt am Operationstag ins Stadtspital Triemli eintreten. In den ersten fünf Betriebsmonaten wurden insgesamt 2775 Patientinnen und Patienten betreut.

### Neubau Bettenhaus

Im Berichtsjahr wurden die Arbeiten an den Medien- und Versorgungskanälen fortgesetzt und die neuen Verbindungswege und Versorgungsleitungen erfolgreich in Betrieb genommen. Im September wurde mit dem Bau der Energiezentrale begonnen. Im Oktober begannen die Hochbauarbeiten für das neue Bettenhaus und inzwischen ist der Rohbau deutlich sichtbar.

Der erste Teil der Tiefgarage wurde fertiggestellt, so dass das Zentralmagazin Ende Dezember seinen neuen provisorischen Standort mit einer Fläche von rund 1000 m<sup>2</sup> beziehen konnte. Das Pilot- und Demonstrationsobjekt (P & D-Objekt) wurde umgebaut und entspricht nun den neuesten Erkenntnissen bezüglich Patientenkomfort und Gebrauchsfreundlichkeit. Das P & D-Objekt wird künftig auch als Informationspavillon genutzt.

### Personelles

Anfang Mai trat Patrik Kaiser die Stelle als Stellvertretender Spitaldirektor und Leiter des Bereichs Informatik an.

Nach über zwanzigjährigem Wirken als Chefarzt der Chirurgischen Klinik und beinahe zwölf Jahren als Medizinischer Direktor trat Prof. Dr. med. Urs Metzger Ende Oktober in den Ruhestand. Seine Nachfolge als Leiter des Departements Operative Disziplinen und als Chefarzt der Klinik für Viszeral-, Thorax- und Gefässchirurgie hat Prof. Dr. med. Markus Weber angetreten. Prof. Dr. med. Andreas Zollinger, Chefarzt des Instituts für Anästhesiologie und Intensivmedizin, hat die Aufgaben des Medizinischen Direktors übernommen.

Prof. Dr. med. Hanspeter Honegger, langjähriger Chefarzt der Klinik für Medizinische Onkologie und Hämatologie, trat ebenfalls im Oktober in den Ruhestand. Seine Nachfolge hat PD Dr. med. Mathias Schmid angetreten.

Im Laufe des Jahres konnten für Leitungsfunktionen folgende Personen gewonnen werden: PD. Dr. med. Stephan Vavricka (Leiter Abteilung Gastroenterologie und Hepatologie), Ursina Bavier (Leitung Pflege Frauenklinik), dipl. Ing. Julia Boysen (Leitung Qualitätsmanagement) und Urs Ritschard (Leitung Einkauf).



Die Mitarbeitenden bedankten sich bei Urs Metzger mit einem launigen Abschiedschor. (Bild: Ursula Bachmann)

#### 4.4.3 Kennzahlen

<b>Geschlecht, Wohnort und Alter der hospitalisierten Patientinnen/Patienten</b>										
	<b>2006</b>	<b>in %</b>	<b>2007</b>	<b>in %</b>	<b>2008</b>	<b>in %</b>	<b>2009</b>	<b>in %</b>	<b>2010</b>	<b>in %</b>
<b>Geschlecht</b>										
– männlich	8 710	46.7	8 559	46.3	9 191	46.8	9 197	47.2	9 602	48.0
– weiblich	9 941	53.3	9 913	53.7	10 442	53.2	10 280	52.8	10 399	52.0
<b>Wohnort</b>										
– Stadt Zürich	11 761	63.1	11 588	62.7	12 136	61.8	11 676	60.0	11 800	59.0
– Vertragsgemeinden der Spitalregion Zürich	1 292	6.9	1 353	7.3	1 308	6.7	1 348	6.9	1 414	7.1
– übriges Kantonsgebiet	3 945	21.2	3 885	21.0	4 218	21.5	4 461	22.9	4 688	23.4
– andere Kantone	1 574	8.4	1 555	8.4	1 864	9.5	1 903	9.8	1 968	9.8
– Ausland	79	0.4	91	0.5	107	0.5	89	0.4	131	0.7
<b>Alter</b>										
– 0–1	760	4.1	610	3.3	494	2.5	364	1.9	403	2.0
– 2–10	400	2.1	450	2.4	672	3.4	606	3.1	680	3.4
– 11–19	446	2.4	398	2.2	457	2.3	493	2.5	395	2.0
– 20–39	3 485	18.7	3 368	18.2	3 646	18.6	3 758	19.3	3 566	17.8
– 40–59	3 813	20.4	3 799	20.6	4 028	20.5	4 125	21.2	4 073	20.4
– 60–79	6 292	33.7	5 887	31.9	6 479	33.0	6 341	32.6	6 479	32.4
– 80 und mehr	3 455	18.5	3 960	21.4	3 857	19.6	3 790	19.5	4 405	22.0

<b>Patientinnen/Patienten, Pfl egetage</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>
Gesamtzahl der Patientinnen/Patienten*	18 945	18 770	19 935	19 725	20 287
Zahl der Pfl egetage	165 770	163 663	165 979	159 597	156 459
Geburten	1 445	1 418	1 493	1 615	1 639
<b>Patientenabgang</b>					
– durch Austritt	18 119	17 959	19 103	19 011	19 497
– durch Tod	532	513	530	466	504
<b>Durchschnittlicher Aufenthalt</b>					
Tage pro Patientin/Patient	8.9	8.9	8.5	8.2	7.8
<b>Auslastung</b>					
Bettenbestand	529	535	535	510	505
Bettenbelegung in %	86.7	83.8	84.8	85.7	84.9

\* inkl. Bestand stationäre Patientinnen/Patienten am 31. Dezember

<b>Patientinnen/Patienten, Pflegetage nach Kliniken</b>										
	<b>2006</b>		<b>2007</b>		<b>2008</b>		<b>2009</b>		<b>2010</b>	
<b>Klinik</b>	<b>Patientinnen Patienten</b>	<b>Pflegetage</b>	<b>Patientinnen Patienten</b>	<b>Pflegetage</b>	<b>Patientinnen Patienten</b>	<b>Pflegetage</b>	<b>Patientinnen Patienten</b>	<b>Pflegetage</b>	<b>Patientinnen Patienten</b>	<b>Pflegetage</b>
Chirurgie	6752	60713	6523	59763	6832	59661	6773	58285	6901	56659
Medizin	5788	49330	5776	48547	6367	49523	6304	47671	6548	46946
Rheumatologie	1431	24278	1400	25942	1400	24777	1430	22912	1459	20931
Radio-Onkologie	713	8274	815	7807	797	7800	774	7548	792	7874
Kinder und Jugendliche	1360	8371	1326	7224	1394	8421	1322	7309	1393	8159
Frauenklinik Maternité	2607	14804	2632	14380	2843	15797	2874	15872	2908	15890

### **Kommentar zu den Kennzahlen**

Auch 2010 ging, bedingt durch den medizinischen Fortschritt, die durchschnittliche Aufenthaltsdauer weiter zurück (von 8,2 auf 7,8 Tage). Dies führte entsprechend zu einer Reduktion der Pflegetage. Nach einem geringen Rückgang im Vorjahr erhöhte sich 2010 die Zahl der stationären Patientinnen und Patienten um 2,6% auf deutlich über 20000. Dies liegt unter anderem auch daran, dass die hochstehenden Leistungen des Triemlis

in der Urologie und der Ophthalmologie zu einem Anstieg der Patientinnen- und Patientenzahlen beigetragen haben. Auch bei den Geburten war erneut eine Zunahme zu verzeichnen. 2010 wurden in der Frauenklinik 1670 Kinder geboren. Ebenfalls weiter angestiegen ist die Zahl der Notfälle: Mit über 41000 Notfällen wurde die Bedeutung des Triemlis als wichtiges Notfallzentrum einmal mehr bestätigt.

## 4.5 Pflegezentren

### 4.5.1 Aufgaben

Die zehn Pflegezentren der Stadt Zürich (PZZ) bieten Pflege- und Wohngruppenplätze für ältere pflegebedürftige Menschen an. Die Pflegezentren Entlisberg und Mattenhof führen zusätzlich Abteilungen, die besonders auf die Bedürfnisse von jüngeren pflegebedürftigen Behinderten ausgerichtet sind. In acht externen Pflegewohngruppen in Quartieren leben siebzig mobile Menschen, die mehrheitlich an einer Demenzerkrankung leiden. Zudem gehören ambulante Angebote (ergänzende und Beratungsangebote) wie Tageszentren usw. zum Aufgabengebiet der Pflegezentren. Die Pflegezentren engagieren sich auch in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Fachkräften. So führt die Dienstabteilung PZZ für das Gesundheits- und Umweltdepartement das Schulungszentrum für Gesundheit (SGZ). Daneben bestehen PZZ-weit über 200 Lehrverhältnisse.

### 4.5.2 Jahresschwerpunkte

#### Allgemeines

Die Einführung der neuen Pflegefinanzierung wurde vom 1. Juli 2010 auf den 1. Januar 2011 verschoben. Die Einführung erforderte Vorbereitungen für die Umstellungen, die sich aus den neuen gesetzlichen Vorgaben ergeben. Da der Tarifpartner santésuisse ebenfalls per 1. Januar 2011 verlangte, vom bisherigen System der Pauschalabrechnung für ärztliche, diagnostische und therapeutische Dienstleistungen sowie für Medikamente und Hilfsmittel auf die Einzelleistungsabrechnung zu wechseln, mussten in der zweiten Jahreshälfte neben Vorbereitungen zur neuen Pflegefinanzierung sehr rasch auch jene für die Einzelleistungsverrechnung getroffen werden.

Die Bettenzahl wurde im Berichtsjahr von 1618 auf 1624 Betten erhöht. Die Auslastung betrug 97,3%, die Anzahl Pflegetage belief sich auf 575 310. Es zeigte sich weiterhin, dass die Pflegeplätze in den älteren, noch nicht sanierten Gebäuden schwieriger zu besetzen sind als in den moderneren und sanierten Häusern.

#### Angebote

Mit dem breiten Angebot der Pflegezentren an teilstationären und ambulanten Dienstleistungen soll die städtische Strategie «ambulant vor stationär» unterstützt werden. Das bedeutet,



Hausbesuche SiL für Menschen mit Fragen zu Gedächtnisstörungen und Demenz ist eines der ambulanten Angebote der Pflegezentren. (Bild: Susi Lindig)

dass die ältere Bevölkerung die Möglichkeit hat, möglichst lange mit bedarfsgerechter punktueller Unterstützung zuhause zu bleiben, und dass betreuende Angehörige nach Wunsch gezielt entlastet werden können. Die Angebote wurden konzeptionell überarbeitet und neu unter der Bezeichnung «Gerontologische Beratungsstelle» zusammengefasst:

- Memory-Klinik Entlisberg
- Hausbesuche SiL (Sozialmedizinische individuelle Lösungen)
- Organisation ergänzender Angebote zur Betreuung und Pflege zuhause für zuweisende Stellen und Fachpersonen.

Mit verschiedenen gezielten Massnahmen wie z. B. einer Plakatkampagne, dem Auftritt an der Züspa oder Kontakten mit zuweisenden Stellen, konnte der Bekanntheitsgrad der Angebote bei den zuweisenden Stellen (Hausärztinnen/Hausärzte, Sozialdienste der Spitäler usw.) und bei der Bevölkerung verbessert werden, was sich positiv auf die Nachfrage ausgewirkt hat.

Im Pflegezentrum Gehrenholz wurden im Oktober zehn Plätze für Bewohnerinnen und Bewohner mit besonderem Pflegebedarf geschaffen. So verfügen die Pflegezentren der Stadt Zürich nun über die Infrastruktur und das Spezialwissen für die Pflege von beatmeten und tracheotomierten Menschen sowie für Menschen, die eine spezielle Wundbehandlung benötigen.

#### Bauliches

Nach Abschluss der Sanierungsarbeiten im Haupthaus A des Pflegezentrums Mattenhof Ende 2009 zogen die Bewohnerinnen und Bewohner des Pflegezentrums Bombach Anfang Januar 2010 ins Pflegezentrum Mattenhof.

Anschliessend begann die Gesamtansanierung des 1965 erstellten Pflegezentrums Bombach. Die Bauarbeiten verlaufen termingemäss, so dass die Sanierung Ende 2011 abgeschlossen sein wird.

Die weiteren Massnahmen gemäss Masterplan Bauten II für die Jahre 2012–2020 erfolgen nach aktuellem Terminplan. Es sind dies die Planungsarbeiten für die Gesamtansanierung des Haupthauses A des Pflegezentrums Witikon (ab 2012) und der Projektwettbewerb für den Neubau des «Hauses der Demenz» beim Pflegezentrum Bombach.

Mit der Eröffnung der zwei neuen externen Pflegewohngruppen Katzenbach II in Seebach (geführt vom Pflegezentrum



Bewegung tut gut: Gruppenturnen auf der Abteilung. (Bild: Susi Lindig)

Käferberg) und Sunnige Hof in Albisrieden (geführt vom Pflegezentrum Bachwiesen) erhöhte sich das Angebot der externen Pflegewohngruppen auf 70 Plätze. Anfang 2011 wird eine weitere Aussenwohngruppe mit zehn Plätzen eröffnet werden. Konstruktive Gespräche mit weiteren Genossenschaften fanden statt, so dass die Pflegezentren das Ziel von etwa 100 Plätzen in externen Pflegewohngruppen voraussichtlich in den nächsten Jahren erreichen werden.

### **Qualitäts- und Umweltmanagement**

Die kontinuierliche Verbesserung ist ein Eckwert der Qualitätsbestrebungen der Pflegezentren. So verfolgten die PZZ auch 2010 konsequent die Weiterentwicklung des 2007 nach ISO 9001 zertifizierten Systems und stellten dessen Überprüfung periodisch in internen und externen Audits sicher. Zudem wurde das Qualitätsmanagementsystem des Schulungszentrums Gesundheit der Stadt Zürich (SGZ) ins Qualitätsmanagementsystem der PZZ integriert.

Im Rahmen des Legislaturschwerpunkts «Nachhaltige Stadt Zürich – auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft» setzten sich die Pflegezentren das Ziel, das Umweltmanagementsystem nach ISO 14001 ebenfalls zertifizieren zu lassen. In enger Anbindung an das Qualitätsmanagementsystem erarbeiteten die PZZ die entsprechenden Grundlagen und schulten die Mitarbeitenden, so dass im Januar das angestrebte Zertifikat erreicht wurde.

### **Personelles**

Mit der Überarbeitung der bestehenden Instrumente für das Anwesenheitsmanagement und der Schulung der Anwenderinnen und Anwender sollen der Wirkungsgrad des Systems verbessert und die Prozesse des Anwesenheits- und Case Managements besser aufeinander abgestimmt werden. Ziel ist es, die Absenzenquote nachhaltig zu senken.

Die Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterumfragen der letzten Jahre zeigen, dass sich viele Mitarbeitende im Pflegedienst stark belastet fühlen. Ein Teil der Mitarbeitenden fühlt sich heute noch zu wenig in der Lage, selbstverantwortlich einen angemessenen Umgang mit den gegebenen Belastungen zu finden, insbesondere mit den geäußerten Bedürfnissen von Angehörigen der Bewohnerschaft. In einer Umfrage, einer Feldstudie und in Fokusgruppengesprächen wurden PZZ-spezifische Daten zur Belastung in der Pflege gesammelt und daraus Ziele und

Massnahmen formuliert. Die daraus definierten Projekte sollen helfen, Belastungen zu senken und Strategien aufzeigen, wie die PZZ als Unternehmen wie auch die einzelnen Mitarbeitenden in Zukunft besser mit Belastungen umgehen können.

Die Lage auf dem Stellenmarkt für Fachpersonal im Bereich Pflegedienst hat sich weiter verschärft. Die Pflegezentren der Stadt Zürich reagieren darauf mit einer Vielzahl von zielgerichteten Massnahmen: Herausgabe der Broschüre «Pflegen bei uns» (wird an Messen, Weiterbildungsveranstaltungen, Schulen usw. abgeben), Durchführung einer Imagekampagne zum Thema «Arbeitsplatz Pflege PZZ» durch eine Tramplakataktion, Anpassung der Homepage sowie eine engere Zusammenarbeit mit den beiden kantonalen Bildungsinstitutionen.

In den PZZ werden jährlich mehrere hundert Arbeitszeugnisse geschrieben. Um den Aufwand zu verringern, wurde eine Applikation eingeführt, welche die Erstellung der Zeugnisse unterstützt und die Qualität der geschriebenen Zeugnisse sichert und erhöht.

### **Ausbildung**

In der beruflichen Grundbildung schufen die PZZ weitere Ausbildungsplätze. Ende Jahr waren 206 Lernende (Vorjahr 174) in verschiedenen Bereichen in Ausbildung. Mit 136 Lernenden entfiel der Grossteil dabei wieder auf die Ausbildung zur Fachfrau/zum Fachmann Gesundheit (Vorjahr 124). Von den 43 Lernenden im letzten Lehrjahr bestanden 42 die Lehrabschlussprüfungen. Die Durchschnittsnote aller Lernenden lag bei 4,96 (Vorjahr 4,78). 53,36% erreichten die Note 5 oder mehr.

Im Berichtsjahr erfüllte ein Grossteil der Pflegezentren die strengen Zulassungsbedingungen für die Ausbildung von Studierenden einer höheren Fachschule (HF) Pflege.

Erfreulicherweise möchten auch immer mehr Lernende, die ihre Ausbildung zur/zum Fachangestellten Gesundheit durchlaufen, im Anschluss eine höhere Fachausbildung im Langzeitbereich absolvieren. Im Rahmen der beruflichen Nachwuchsförderung sind aktuell sechs Studierende aus den PZZ an der Höheren Fachschule für Pflege am Careum Bildungszentrum in Zürich eingeschrieben.

Zusammen mit den Studierenden des Zentrums für Ausbildungen im Gesundheitswesen Kanton Zürich (ZAG), konnten die Pflegezentren der Stadt Zürich insgesamt 13 Studierenden einer höheren Fachschule einen Ausbildungsplatz anbieten.

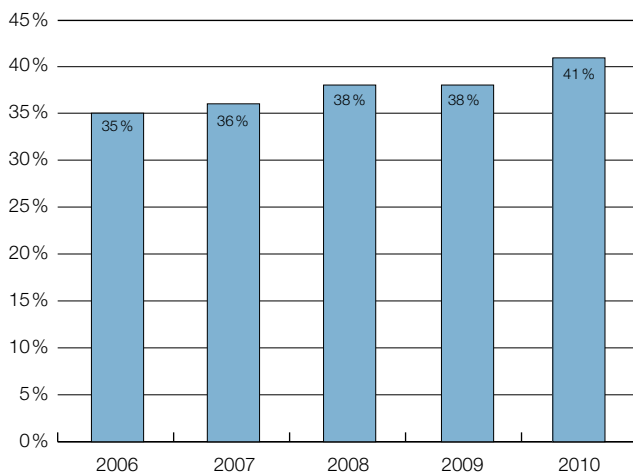
#### 4.5.3 Kennzahlen

<b>Pflegezentren</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>
<b>Bewohnerinnen und Bewohner</b>					
Eintritte	1 049	1 067	1 225	1 191	1 212
Austritte	1 050	1 108	1 182	1 199	1 205
– davon nach Hause oder in andere Institutionen	367	400	453	458	495
Anzahl Personen per 31.12.	1 593	1 552	1 595	1 586	1 596
– davon in Aussenwohngruppen	28	37	55	52	60
Anteil mit Zusatzleistungen zur AHV in %	59	60	54	56	56
Anteil mit Hilflosenentschädigung in %	53	51	48	47	47
Durchschnittsalter	82	82	82	82	83
Anteil Frauen in %	76.5	75.7	75.7	74.6	74.4
<b>Pflegebedürftigkeit*</b>					
Anteil Personen in Tarifstufe 0 in %	–	–	–	0.0	0.0
Anteil Personen in Tarifstufe 1 in %	–	–	–	9.6	7.5
Anteil Personen in Tarifstufe 2 in %	–	–	–	1.0	0.6
Anteil Personen in Tarifstufe 3 in %	–	–	–	7.9	6.4
Anteil Personen in Tarifstufe 4 in %	–	–	–	13.8	11.0
Anteil Personen in Tarifstufe 5 in %	–	–	–	11.0	14.5
Anteil Personen in Tarifstufe 6 in %	–	–	–	23.9	26.0
Anteil Personen in Tarifstufe 7 in %	–	–	–	8.0	7.3
Anteil Personen in Tarifstufe 8 in %	–	–	–	16.1	18.0
Anteil Personen in Tarifstufe 9 in %	–	–	–	2.5	2.3
Anteil Personen in Tarifstufe 10 in %	–	–	–	2.3	2.7
Anteil Personen in Tarifstufe 11 in %	–	–	–	2.0	1.6
Anteil Personen in Tarifstufe 12 in %	–	–	–	0.0	0.0
Anteil Personen in Tarifstufe in Abklärung	–	–	–	1.9	2.1
<b>Verrechnete Aufenthaltstage</b>					
Pflegezentren (stationär)	575 428	572 930	577 591	576 062	575 310
Tageszentren (ambulant)	7 053	6 795	6 526	5 745	5 314
Durchschnittlicher Aufenthalt in Tagen**	–	–	–	965	997
<b>Auslastung</b>					
Platzangebot in Betten per 31.12.					
in Pflegezentren (stationär)	1 612	1 608	1 618	1 618	1 624
in Tageszentren (ambulant)	42	42	42	42	42
<b>Total Auslastung in %</b>	<b>98.0</b>	<b>98.4</b>	<b>98.0</b>	<b>97.5</b>	<b>97.3</b>

\* Seit Januar 2009 verwenden alle Pflegezentren das zwölfstufige Bewohnereinstufungs- und Abrechnungssystem RAI-NH.

\*\* Infolge eines Systemwechsels keine Angaben für 2006 bis 2008.

## Austritte nach Hause oder in andere Institutionen



## Kommentar zu den Kennzahlen

Ende Jahr betrug der Bettenbestand 1624 Betten, das sind sechs Betten mehr als im Vorjahr. Die gesamte Anzahl Pflegetage lag mit 575 310 gegenüber dem Vorjahr leicht tiefer. Die Gesamtauslastung sank von 97,5 % auf 97,3 %. Der Anteil Personen, die nach Hause zurückkehrten oder in andere Institutionen wie Altersheime usw. eintraten, konnte im Berichtsjahr auf 41 % gesteigert werden.

## 4.6 Städtische Gesundheitsdienste

### 4.6.1 Aufgaben

Die Städtischen Gesundheitsdienste (SGD) beraten in Fragen zur sozialen Krankenversicherung und zur Prämienverbilligung. Zusammen mit Spitex Zürich sorgen sie für optimale Hilfe und Pflege zu Hause. Sie betreiben medizinische und therapeutische Angebote für substanzabhängige Menschen und andere Zielgruppen und engagieren sich im Bereich der Infektionsprävention. In Zusammenarbeit mit der Polizei führen sie das Vermittlungs- und Rückführungszentrum, das Suchtmittel konsumierende Menschen, die die Sicherheit im öffentlichen Raum gefährden, einer sozialen und medizinischen Betreuung zuführt.

*Spitex Kontraktmanagement* stellt die Spitex-Versorgung in der Stadt Zürich mittels Leistungsvereinbarungen sicher. Vertragspartner sind die Spitex-Vereine Zürich Limmat und Zürich Sihl, die Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich, der Verein kispex Kinderspitex des Kantons Zürich und die Pro Senectute Kanton Zürich (Stand Ende 2010).

Die Abteilung *Krankenversicherung* gewährleistet den Krankenversicherungsschutz der städtischen Bevölkerung und stellt den Anspruch auf Prämienverbilligung oder -übernahme fest. Die Überprüfung der Krankenversicherungspflicht ist vor allem auf die neu Zugezogenen ausgerichtet. Versicherungspflichtige, die keinen gültigen Versicherungsnachweis erbringen, werden einer Krankenkasse amtlich zugewiesen. Einen Beitrag an die Krankenkassenprämien erhalten Personen mit einem steuerbaren Einkommen von maximal 47 500 Franken und einem steuerbaren Vermögen von höchstens 300 000 Franken. Kindern von Mittelstandsfamilien wird bis zu einem Einkommen von 61 000 Franken ein Beitrag gewährt. Die Beitragshöhe ist abgestuft in fünf Einkommensgruppen und bewegt sich zwischen 624 und 2532 Franken. Der Anspruch von Personen mit einer Steuerveranlagung kann in der Regel automatisch ermittelt werden. Im Gesuchsverfahren behandelt werden Fälle, die individuell anhand der Steuererklärung, einer Einkommensdeklaration oder gestützt auf andere Grundlagen zu beurteilen sind. Die Grosszahl der Gesuche entfällt auf Zugezogene und auf Personen, deren persönliche oder

wirtschaftliche Verhältnisse sich verändert haben. Ergibt die Betreibung der Krankenkassenprämien einen Verlustschein, werden die Prämien zulasten der Prämienverbilligungsmittel übernommen. Damit können Leistungssperren der Krankenversicherer vermieden oder aufgehoben werden.

Die *Suchtbehandlung Frankental* sichert die stationäre medizinische und therapeutische Versorgung von drogenkranken Menschen. Sie bietet körperliche Entzugs- und Teilentzugsbehandlungen zur kurzfristigen Stabilisierung sowie therapeutische Langzeitbehandlungen zur vollständigen Resozialisierung an. Dabei folgt sie den kantonalen Leistungsaufträgen der Gesundheits- und der Sicherheitsdirektion. Die Suchtbehandlung Frankental ist anerkannt als Einrichtung zum Vollzug von strafrechtlich verfügbaren Massnahmenbehandlungen.

Im Zentrum der *Medizinisch-sozialen Dienste* stehen die medizinische Behandlung und die soziale Beratung marginalisierter Menschen. Die medizinische Behandlung umfasst die medizinische Grundversorgung sowie die methadongestützte Behandlung, Anschlussbehandlungen nach Spitalaufenthalt, Überbrückungsbehandlungen nach Therapieabbrüchen oder Strafvollzug und Notfallbehandlungen. In Zusammenarbeit mit der Frauenklinik Maternité des Stadtspitals Triemli wird eine gynäkologische Sprechstunde angeboten. Das breite Angebot umfasst Schwangerschaftsbegleitung sowie die Vorsorge und die medizinische Behandlung von spezifischen Erkrankungen. Weiter leisten die Medizinisch-sozialen Dienste einen wichtigen Beitrag zur Prävention und Behandlung von Infektionskrankheiten, namentlich HIV, Hepatitis und sexuell übertragbaren Krankheiten (STI).

### 4.6.2 Jahresschwerpunkte

Mit der Konzentration der Anzahl Trägerschaften auf zwei Spitex-Vereine und die Spitex der Stiftung Alterswohnungen muss die Steuerung der Spitex-Versorgung in der Stadt Zürich überprüft und neu ausgerichtet werden. Gemeinsam mit den Spitex-Organisationen wurde ein breit angelegtes zweijähriges Projekt lanciert, das die Themen Mitarbeitende, Qualität, Positionierung, Prozesse, Wirtschaftlichkeit, Controlling, Reporting und Vernetzung beinhaltet.



Zwei grosse Spitex-Organisationen (ab 1. 1. 2010).

Der zweite grosse Schwerpunkt von Spitex Kontraktmanagement lag in der Vorbereitung auf die neue Pflegefinanzierung per 1. Januar 2011. Im ambulanten Bereich obliegt die Auszahlung der öffentlichen Pflegebeiträge den Städtischen Gesundheitsdiensten, wobei inskünftig neben den gemeinnützigen Spitex-Organisationen mit lokalem Leistungsauftrag auch die kommerziellen Spitex-Organisationen und freiberufliche Pflegefachpersonen Beiträge erhalten. Für den Systemwechsel ist Spitex Kontraktmanagement gut gerüstet, obwohl das Pflegegesetz des Kantons Zürich und die dazugehörigen Ausführungsbestimmungen erst im Verlauf des vierten Quartals vorlagen.

Die Nachfrage nach Spitex-Leistungen ist entsprechend dem Trend in den Vorjahren erneut gestiegen, wenn auch weniger stark. Bedingt durch die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (NFA) sowie durch das neue kantonale Gesundheitsgesetz stieg der städtische Finanzierungsanteil in den letzten drei Jahren kontinuierlich an.

Die im Rahmen des Gesundheitsnetzes 2025 durch Spitex Kontraktmanagement geführten Projekte *Kompass* und *Leila – Leben mit Langzeiterkrankungen* starteten am 1. Januar 2010 mit einer dreijährigen Pilotphase. *Kompass* steht für Krisenintervention, Beratung und Case Management für Menschen mit komplexen gesundheitlichen und psychosozialen Problemstellungen. *Leila* ist ein medizinisch-pflegerisches Angebot für chronisch erkrankte Menschen und ihre Bezugspersonen. Beide Pilotbetriebe sind auf eine hohe Nachfrage nach ihren Dienstleistungen gestossen und registrieren eine hohe Zufriedenheit der Klientinnen und Klienten bzw. der Patientinnen und Patienten. Sie dürften bereits im ersten Pilotjahr einen beachtlichen Nutzen für die Zielgruppe und eine Entlastung für die zuweisenden Stellen bewirkt haben. Die für beide Projekte laufende wissenschaftliche Evaluation wird zeigen, wieweit sich diese ersten Erkenntnisse bewahrheiten.

Die Suchtbehandlung Frankental erzielte wiederum hohe Belegungswerte und Haltequoten (Anteil der Patientinnen und Patienten mit regulärem Behandlungsabschluss). Die Angebote im Entzugs- und Therapiebereich werden vom kantonalen Justizvollzug mittlerweile regelmässig für die Durchführung von gerichtlich angeordneten Massnahmen in Anspruch genommen. Der ausgeprägte psychotherapeutische Schwerpunkt in der Suchtbehandlung Frankental wurde ausserdem von ausserkantonalen Behörden mit Zuweisungen anerkannt.

Die Dienstleistungen der Medizinisch-sozialen Dienste (Ambulatorium, Gynäkologische Sprechstunde, Case Management, Infektionsprävention) wurden gegenüber dem Vorjahr in vergleichbarem Rahmen in Anspruch genommen. Unverändert festzustellen ist, dass sich die Klientinnen und Klienten meist in hochkomplexen Lebenssituationen befinden, wofür die Medizinisch-sozialen Dienste mit ihrem spezialisierten, interdisziplinären und vernetzten Angebot breite und adäquate Hilfe leisten.

Für die Gynäkologische Sprechstunde wurden die Räumlichkeiten zwecks Anpassung an die optimierten Abläufe neu gestaltet und wo nötig saniert. Damit können die Medizinisch-sozialen Dienste die Behandlungs- und Betreuungsqualität auch bei schwankenden oder steigenden Behandlungszahlen gewährleisten. Im Bereich Case Management blieb der Schwerpunkt bei der koordinierenden Hilfe für medizinisch unterversorgte Personen, denen der Zugang zur Grundversorgung aufgrund ihrer finanziellen Situation ganz oder teilweise verwehrt war.

Die Anzahl Personenkontakte am Spritzenbus an der Walchebrücke ist gegenüber dem Vorjahr stabil geblieben. Auffällig ist, dass vermehrt Jugendliche den Bus frequentieren und Kondome sowie sauberes Spritzenmaterial beziehen.

Das Vermittlungs- und Rückführungszentrum (VRZ) verzeichnete 833 durch die Polizei zugeführte Personen. Davon stammten 24% aus anderen zürcherischen Gemeinden und 12% aus anderen Kantonen.

Im März 2010 nahm die Zentrale Ausnüchterungsstelle (ZAS) ihren Pilotbetrieb auf. Die Einrichtung wird gemeinsam mit der Stadtpolizei betrieben. Ziel ist es, berauschte Personen, die sich oder andere gefährden, in polizeilichen Gewahrsam zu nehmen und unter medizinischer Betreuung auszunüchtern. Insgesamt wurden 500 Personen aufgegriffen und in die ZAS eingeliefert, 444 Männer und 56 Frauen im Alter zwischen 15 und 69 Jahren. 43% stammten aus der Stadt Zürich, 29% aus dem Kanton Zürich und 20% aus anderen Kantonen. 8% hatten ihren Wohnsitz im Ausland oder verfügten über keinen festen Wohnsitz.

Bis Mai 2010 stand die interdepartementale stadträtliche Delegation für Drogen- und Suchtpolitik unter dem Vorsitz des Vorstehenden des GUD. Die Delegation hat über Jahre die städtischen Belange im Bereich Sucht und Drogen gesteuert und koordiniert. Im Berichtsjahr wurde intensiv an einer neuen Ausrichtung und am Aufbau einer neuen Struktur gearbeitet. Im November wurde dann die Delegation «Stadtleben im öffentlichen Raum» ins Leben gerufen. Die bisherigen gemeinsamen Projekte der vier beteiligten Departemente (PD, SSD, SD und GUD) werden nun von dieser neuen Delegation bearbeitet.

#### 4.6.3 Kennzahlen

##### Spitex Kontraktmanagement

	2006	2007	2008	2009	2010
Verrechnete Stunden	668385	691919	714928	750568	770786
– KLV-Stunden	382347	402100	415310	444656	464498
– N-KLV-Stunden	286038	289819	299618	305911	306287
Kunden/Kundinnen	9081	9741	10078	10269	10189
– unter 65 Jahren	1870	1999	2192	2182	2285
– 65 bis 79 Jahre	2509	2733	2840	2851	2811
– 80 Jahre und älter	4702	5009	5046	5236	5093
Stellen	585	626	641	665	716
Kosten pro Spitex-Stunde (Fr.)	93.12	95.62	100.35	99.25	103.19
– Kosten pro KLV-Stunde (Fr.)	101.61	104.61	111.10	108.68	111.77
– Kosten pro N-KLV-Stunde (Fr.)	81.78	83.16	85.52	87.04	90.33
Trägerschaften ohne Stiftung Alterswohnungen	9	8	7	7	2
Finanzierungsanteil der Stadt Zürich in %	31.3	27.8	42.4	43.3	41.3

##### Krankenversicherung

Prämienverbilligung	2006	2007	2008	2009	2010
Berechtigte	110505	109801	112559	122871	121477
Männer	52116	51970	53422	58453	57909
– Kinder bis 18 Jahre (Einkommensstufen 1 bis 4)	11058	11282	11515	11994	12010
– Kinder bis 18 Jahre (Einkommensstufe 5)	–	–	–	3043	3175
– junge Erwachsene 19–25 Jahre	9006	8831	8979	9091	9187
– Erwachsene 26 Jahre und älter	32052	31857	32929	34325	33537
Frauen	58389	57831	59137	64418	63568
– Kinder bis 18 Jahre (Einkommensstufen 1 bis 4)	10580	10615	10807	11375	11311
– Kinder bis 18 Jahre (Einkommensstufe 5)	–	–	–	2911	2972
– junge Erwachsene 19–25 Jahre	8869	8721	8915	8987	8982
– Erwachsene 26 Jahre und älter	38940	38495	39415	41145	40303
Gesuche von Zuzügerinnen und Zuzüglern	4371	3970	4690	5077	5248
Anspruchskorrekturen wegen veränderter Verhältnisse	5909	4605	5323	8742	9424
<b>Prämienübernahmen</b>					
Anerkannte Verlustscheine	8486	7771	6612	6245	7362
Gesamtbetrag übernommener Verlustscheine (Fr.)	11416155	10469642	8730911	8426322	10137505
Übernahmebetrag pro Verlustschein (Ø Fr.)	1345	1347	1320	1349	1377

## Suchtbehandlung Frankental

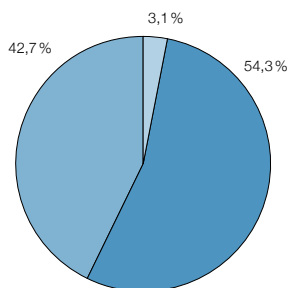
<b>Entzug &amp; Intervention</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>
Bewerbungen	265	285	266	235	215
Eintritte	166	169	170	155	142
Durchschnittsalter	31.99	33.31	33.68	33.27	32.69
Bettenbelegung	80.11 %	87.35 %	92.37 %	89.93 %	86.87 %
Aufenthalt in Tagen (Ø)	21.17	21.50	24.14	25.98	26.21
<b>Stationäre Therapie</b>					
Eintritte	15	19	21	17	20
Durchschnittsalter	31.84	30.84	35.9	34.88	30.62
Bettenbelegung	103.11 %	70.62 %	94.47 %	106.42 %	101.05 %
Aufenthalt in Tagen (Ø)	227	245	185	232	225
<b>Integration</b>					
Eintritte	15	13	17	13	13
Durchschnittsalter	31.79	34.98	34.17	37.10	34.8
Bettenbelegung	82.21 %	100.78 %	87.75 %	75.55 %	70.71 %
Aufenthalt in Tagen (Ø)	180	261	303	272	203

## Medizinisch-soziale Dienste

<b>Ambulatorium Kanonengasse</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>
Ambulante Behandlungen	9 111	10 965	9 260	9 114	9 234
– akut-medizinische Behandlungen	8 327	9 961	7 880	7 554	7 739
– gynäkologische Behandlungen	784	1 004	1 380	1 560	1 495
Patientinnen/Patienten	643	899	1 033	1 190	1 135
– Frauen	234	486	671	831	818
– Männer	409	413	362	359	317
Durchschnittsalter	37	34	34.8	35.6	38.1
Patientinnen/Patienten im Methadonprogramm	57	67	68	64	61
<b>Prävention und Kampagnen</b>					
Abgegebene Spritzen	941 884	852 074	877 812	807 101	726 104
Abgegebene Nadeln	1 948 014	1 638 571	1 677 818	1 440 278	1 302 104
Personenkontakte am Spritzenbus pro Tag (Ø)	33	33	29	25	27

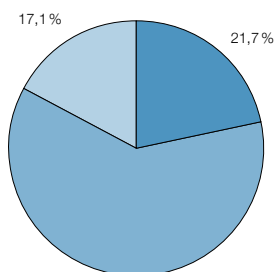
## Herkunft der KlientInnen und PatientInnen (Suchtbehandlung Frankental und Ambulatorium Kanonengasse)

### Entzug und Intervention



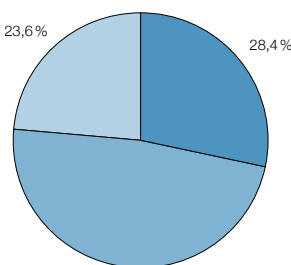
■ Stadt Zürich

### Stationäre Therapie



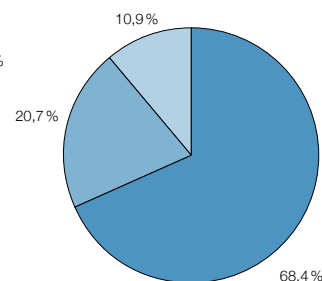
■ Kanton Zürich

### Integration



■ ausserhalb des Kantons Zürich

### Ambulatorium



### Kommentar zu den Kennzahlen

Die erbrachten Leistungen haben wie schon in den Vorjahren weiter zugenommen. So konnte Spitex Zürich mehr als 770 000 Stunden verrechnen. Diese Stunden verteilen sich allerdings auf weniger Kundinnen und Kunden als bisher. Die Zahl der Kundinnen und Kunden ist um gut 200 zurückgegangen, liegt aber trotzdem noch über 10 000. Die Leistungszunahme bedingte einen vermehrten Bedarf an Stellen. Im Berichtsjahr stieg die Anzahl Stellen erstmals auf über 700. Die im Vergleich zum Vorjahr höheren Kosten pro Spitex-Stunde sind auf die Kosten zurückzuführen, die aus der Fusion mehrerer Spitex-Vereine zu den Vereinen Spitex Zürich Limmat und Spitex Zürich Sihl entstanden sind. Der städtische Finanzierungsanteil hat sich reduziert, da der Gesamtaufwand bei den Spitex-Organisationen im Jahr 2010 aufgrund der Fusionskosten entsprechend höher ausfiel, ohne dass die Beiträge der Stadt Zürich deswegen angehoben wurden.

Bei der Prämienverbilligung bewegen sich die Berechtigtenzahlen auf dem Niveau des Vorjahres. Etwas rückläufig entwickelt

hat sich die Zahl der Berechtigten in der Kategorie der Erwachsenen über 25 Jahre. Erneut zugenommen haben auch die Anspruchskorrekturen wegen veränderter Verhältnisse (+7,8%). Damit hat sich der durch die Rechtsprechung ausgelöste Anstieg, der auf die Lockerung der Voraussetzungen für eine Neubeurteilung zurückzuführen ist (siehe Geschäftsbericht 2009), fortgesetzt und erstmals ganzjährig ausgewirkt.

Bei der Suchtbehandlung Frankental fällt die erneut hohe Belegung in allen Angebotsbereichen auf, insbesondere die Vollbelegung im Bereich Therapie. Nach wie vor bewährt sich die Suchtbehandlung Frankental als ausgesprochenes Angebot für Klientinnen und Klienten aus der Stadt und dem Kanton Zürich.

Bei den Medizinisch-sozialen Diensten nahm die Zahl der ambulanten Behandlungen leicht zu; die Anzahl der männlichen Patienten entwickelte sich dagegen rückläufig. Im Bereich der Infektionsprävention wurden erneut weniger Spritzen und Nadeln abgegeben.

## 4.7 Altersheime

### 4.7.1 Auftrag

Die Dienstabteilung Altersheime der Stadt Zürich (AHZ) ist verantwortlich für die Planung und Entwicklung stationärer und halbstationärer Betagteneinrichtungen. Neben der Anpassung der Infrastruktur an zeitgemässe Bedürfnisse soll sie dabei auch die Betreuungs- und Dienstleistungsangebote für die betagte Wohnbevölkerung weiter entwickeln. Sie führt 27 Altersheime und ein Gästehaus mit Wohn- und Lebensraum für ungefähr 2000 alte Menschen.

### 4.7.2 Jahresschwerpunkte

#### Neue Pflegefinanzierung

Das Berichtsjahr war geprägt von den Vorbereitungen zur Neuordnung der Pflegefinanzierung, die am 1. Januar 2011 in Kraft tritt. Das darauf abstützende Pflegegesetz für den Kanton Zürich wurde am 28. April 2010 erstmals im Entwurf vorgestellt und vom Kantonsrat bereits im September verabschiedet. Die dazugehörige Verordnung über die Pflegeversorgung wurde im November verfügt. Aus diesen übergeordneten Vorgaben ergeben sich Änderungen in der Abrechnung der Pflegekosten. Sie werden neu gemeinsam von den Bewohnerinnen und Bewohnern, den Krankenkassen und der öffentlichen Hand getragen. Das hat zur Folge, dass Bewohnerinnen und Bewohner mit Pflegeleistungen einen Eigenbeitrag an die Pflegekosten leisten müssen und dass die ungedeckten Restkosten der Pflege den Heimen von der öffentlichen Hand zurückerstattet werden.

Im Weiteren müssen die Taxen für Hotellerie und Betreuung neu getrennt ausgewiesen werden. Die dazu nötigen Vorbereitungen waren umfangreich und wegen der komplexen Materie und der gedrängten Termine von zahlreichen Unsicherheiten begleitet. Die Änderungen haben Anpassungen in der Aufnahme- und Taxverordnung der Altersheime zur Folge, die vom Stadtrat am 3. November beschlossen wurden. In Anbetracht der zusätzlichen Belastung für die Bewohnerinnen und Bewohner durch die Beteiligung an den Pflegekosten hat der Stadtrat für 2011 auf eine Anpassung der Pensions- und Betreuungstaxen verzichtet.

#### Bautätigkeiten

Die Umbauarbeiten am Altersheim Dorflinde wurden im Berichtsjahr fortgesetzt. Der strenge Winter und die anhaltende Regenperiode im Mai/Juni sowie nicht vorhersehbare Schwierigkeiten mit der Bausubstanz des bestehenden Gebäudes führten zu einer Verzögerung der Arbeiten, die sich im Laufe des Jahres nicht mehr auffangen liess. Der Bezug des umgebauten Altersheims wird darum um etwa drei Monate verzögert und erst im Spätherbst 2011 erfolgen können.

Am 13. Juni haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Stadt Zürich mit 90 % dem 62-Millionen-Kredit für den Ersatzneubau Altersheim Trotte und die Umbauten im Altersheim Sydefädeli zugestimmt. Das neue Altersheim Trotte wird aus baulicher und ökologischer Sicht vorbildlich. Der geplante Neubau wird das erste Minergie-P-Eco-Altersheim der Stadt Zürich. Betrieblich wird das Altersheim für die Angebotsform ServiceWohnen ausgestattet. Gleichzeitig werden vermehrt Synergien mit dem benachbarten Altersheim Sydefädeli genutzt und damit die Betriebskosten gesenkt. Der Baubeginn ist auf

den Spätherbst 2011 geplant, die Fertigstellung im Sommer 2014 vorgesehen. Zurzeit sind noch Einsprachen hängig, die zu Verzögerungen führen können.

Im Altersheim Doldertal, das auf Menschen mit Demenz spezialisiert ist, wurde mit einer eingeschossigen Aufstockung auf dem bestehenden Anbau ein Mehrzweckraum realisiert. Der Erweiterungsbau war nicht nur aus betrieblicher Sicht eine Herausforderung, sondern auch aus denkmalpflegerischen Überlegungen. Die Liegenschaft besteht aus einem 1913 erbauten denkmalgeschützten Hauptbau und einem 1967 erstellten Anbau. Die Bauarbeiten dauerten etwas mehr als ein halbes Jahr. Im Dezember konnte der neue helle und freundliche Mehrzweckraum eingeweiht werden. Die Möblierung wurde vom Verein Freunde Altersheim Doldertal finanziert.

#### Projekte

Um die Betreuung der demenzbetroffenen Menschen in den Altersheimen zu optimieren, wurden in einem Konzept Grundlagen zur Betreuung definiert und Massnahmen abgeleitet. Insbesondere ging es auch darum, die Kadermitarbeitenden aller Bereiche für das Thema Demenz zu sensibilisieren und diesbezüglich Fachwissen zu vermitteln (z. B. Gastronomie: Finger-Food; Aktivierung: Zehn-Min.-Aktivierungen; Technischer Dienst: Checklisten; Betreuung und Pflege: Validation; usw.). Weiter wurde in allen Betreuungs- und Pflegeteams eine fachverantwortliche Person für Fragen rund um das Thema Demenz bestimmt. Für komplexe Fragen stehen spezialisierte Fachkräfte wie der geriatrische Konsiliararzt zur Verfügung. Neu wurde zudem das zweijährige Pilotprojekt «Fliegende Equipe für Demenzfragen» gestartet. Dabei stehen qualifizierte Fachpersonen aus dem spezialisierten Altersheim Doldertal allen Mitarbeitenden der Altersheime der Stadt Zürich rasch und gezielt mit Fachwissen zur Seite.

Im Bereich Hotellerie (Gastronomie, Reinigung, Lingerie) wurden in Zusammenarbeit mit dem Institut für Facility Management der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) die Prozesse analysiert. Ziel war es, den Stellenbedarf auf der Basis der heutigen baulichen und betrieblichen Situation unter Berücksichtigung der Minimalstandards zu überprüfen und Optimierungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Experten der ZHAW erstellten aufgrund einer Analyse des Bereichs Hotellerie in vier Altersheimen Checklisten und weitere Arbeitsinstrumente. Diese dienen anschliessend als Grundlage für die Überprüfung der restlichen Heime durch Zweiertteams von Leitungen Hotellerie, die vorab als «Expertinnen» auf diese Aufgabe vorbereitet worden waren.

#### Beziehungen zur Öffentlichkeit

Im Berichtsjahr wurde wiederum ein reger Austausch mit der Öffentlichkeit und Fachkreisen gepflegt. Der Direktor wurde u. a. als Referent zur Tagung der Schweizerischen Sektion der Internationalen Juristenkommission zum Thema «Menschenrechte von Abhängigen in und ausserhalb von Institutionen» und zu einer Veranstaltung der Tertianum Stiftung zum Thema «Bildung und Lernen» eingeladen. Die Vizedirektorin referierte über die Weiterentwicklung der Angebote der Altersheime der Stadt Zürich und zum Thema Kundenorientierung an der Universität Giessen, an einer Fachtagung vom diakonischen Werk Baden-Württemberg und an der Fachtagung der Vereinigung Freiburgerischer Alterseinrichtungen in Freiburg. Am Kongress der Deutschen Gesellschaft für Gerontologie und

Geriatrie und der Schweizerischen Gesellschaft für Gerontologie in Berlin war ein weiteres Mitglied der Geschäftsleitung AHZ als Referentin aktiv.

Von August bis November fanden in den Stadtzürcher Altersheimen öffentliche Veranstaltungen unter dem Motto «Thank you for the music» statt. Der bekannte Song der Gruppe Abba diente als Titel der Aktion. Ziel war es, die Musik als verbindendes Element in die öffentlichen Veranstaltungen einzubeziehen. Die Palette der Aktivitäten war vielfältig; sie reichte vom englischen Picknick mit Butler-Service über das eigens verfasste Theaterstück bis zum Musical. Die Aktion war ein Erfolg. Zahlreiche Besucherinnen und Besucher haben den Weg in die Altersheime gefunden, und die Verankerung der Heime in den Quartieren konnte weiter verstärkt werden.



Ein bunter Liedernachmittag im Altersheim Kalchbühl mit prominenten Gästen aus dem Quartier, wie Böрни und Vera Kaa. (Bild: Kaspar Bucher)

Im September besuchte eine 20-köpfige Delegation von Vertreterinnen und Vertretern der Gesundheits- und Sozialbehörde verschiedener polnischer Städte die Schweiz und informierte sich über die Konzepte der städtischen Altersheime sowie das Leuchtturmprojekt Neubau Altersheim Trotte. Eine Gruppe von südkoreanischen Pflegewissenschaften-Studentinnen, die sich über die Alterspflege in der Schweiz informieren wollten, besuchte das Altersheim Sydefädeli.

## Weitere Schwerpunkte

- Das Altersheim Mathysweg feierte sein 40- und das Altersheim Trotte sein 50-Jahr-Jubiläum.
- Der Heimleiter Heinrich Hofstetter wurde mit Dank für sein langjähriges Engagement in die Pension verabschiedet. Neu übernahm Floris Tschurr die Leitung des Altersheims Laubegg. Das Altersheim Rosengarten in Uster und das Spezialaltersheim Waldfrieden in Pfäffikon ZH stehen neu unter der Leitung von Irene Thenen.
- Im Hinblick auf die ISO-Zertifizierung wurden im Berichtsjahr im Rahmen des Qualitätsmanagement-Systems verschiedene strategische und operative Konzepte überarbeitet oder ergänzt.
- Von der Age Stiftung wurde ein Förderbeitrag für das zweijährige Pilotprojekt «ServiceWohnenMobil» im Quartier Seefeld gesprochen. Das Projekt, in dem in Zusammenarbeit mit der Spitex Zürich Limmat ein neues Unterstützungsangebot für ältere zuhause lebende Menschen erprobt wird, startet im Januar 2011.
- Die Altersheime der Stadt Zürich gaben mit dem NZZ Verlag ein Buch mit dem Titel «Mein Leben ist mit vielen Geschichten verbunden» heraus. Der Buchautor Philipp Dreyer porträtierte 17 Frauen und Männer, die in Altersheimen der Stadt Zürich leben. Die Fotografin Mara Truog gab diesen Menschen und ihren Lebensgeschichten ein Gesicht. Das Projekt konnte dank finanzieller Unterstützung von Stiftungen ohne Steuergelder realisiert werden.
- Ueli Schwarzmann, Direktor der Altersheime, gab im Mai an der Mitgliederversammlung der Organisation der Arbeitswelt Soziales Zürich (OdA-S-ZH) das Präsidium ab. Liliane Ryser, Mitglied der Geschäftsleitung, wurde an derselben Versammlung neu in den Vorstand als Vertreterin für den Betagtenbereich gewählt. Olaf Toggenburger, Mitglied der Geschäftsleitung, ist als Vorstandsmitglied von Curaviva Kanton Zürich in den Steuerungsausschuss des nationalen Projekts von Curaviva Schweiz zum Thema «Personalentwicklung im Heimbereich aufgrund des drohenden Personalnotstandes» delegiert worden.

#### 4.7.3 Kennzahlen

Altersheime	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Bewohnerinnen und Bewohner</b>					
Eintritte	360	422	426	430	348
Austritte	361	413	386	405	344
davon in eigene Wohnung/in andere Institutionen	42	43	45	61	40
Anzahl Personen per 31.12.	1900	1909	1949	1974	1978
Anteil mit Zusatzleistungen zur AHV in %	48.4	46.9	48.2	47.9	52.1
Durchschnittsalter	87.2	87.0	86.9	86.8	87.0
Anteil Frauen in %	78.3	77.8	78.4	77.2	77.6
<b>Pflegebedürftigkeit</b>					
Anteil Personen Besa 0 (keine Pflege) in %	44.8	42.7	41.9	41.7	43.0
Anteil Personen Besa 1 (geringe Pflege) in %	19.2	18.6	19.9	19.1	18.3
Anteil Personen Besa 2 (leichte Pflege) in %	14.8	16.8	15.9	16.7	17.1
Anteil Personen Besa 3 (mittlere Pflege) in %	9.0	8.9	9.9	9.6	9.7
Anteil Personen Besa 4 (schwere Pflege) in %	12.2	13.0	12.4	12.9	11.9
Besa = Bewohnereinstufungs- u. Abrechnungssystem					
<b>Verrechnete Aufenthaltstage/Aufenthaltsdauer</b>					
Herkömmliches AH-Angebot	704 593	710 447	718 564	719 776	710 101
ServiceWohnen *	–	3 422	4 028	5 039	22 808
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Jahren	4.7	4.7	4.8	4.9	4.9
Temporäraufenthalte ohne Gästehaus	7 115	5 351	5 040	4 896	3 060
Gästehaus:					
Eintritte	–	241	231	157	183
Austritte	–	229	226	167	184
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Wochen	–	5.9	5.6	6.6	5.5
<b>Platzangebot</b>					
Platzangebot in Betten per 31.12.	2 050	2 064	2 077	2 119	2 108
für Daueraufenthalte in herkömmlichen AH	1 984	1 994	2 008	1 965	1 884
für ServiceWohnen	–	11	11	97	182
für Temporäraufenthalte ohne Gästehaus	28	21	20	19	4
für Gästehaus	38	38	38	38	38
<b>Total Auslastung in %</b>	<b>97.9</b>	<b>98.0</b>	<b>98.3</b>	<b>97.9</b>	<b>98.0</b>

\* ab September 2009 mit Altersheim Wildbach

#### Kommentar zu den Kennzahlen

Im Berichtsjahr ist die Zahl der Aus- und Eintritte markant zurückgegangen. Der Grund liegt darin, dass in den Vorjahren jeweils das Bettenangebot durch Umbauten und Umnutzungen von Personalwohnungen zugenommen hat und dass wegen umbaubedingter Umzüge ins temporäre Altersheim Triemli einzelne Bewohnerinnen und Bewohner in spezialisierte Pflegeinstitutionen verlegt wurden. Im Weiteren wurde das Altersheim Wildbach Ende 2009 nach dem Umbau neu bezogen, weshalb hier die Austrittsquote im Jahr 2010 reduziert war. Dank dem erweiterten Bettenangebot im Altersheim Wildbach konnte aber die Zahl der Aufenthaltstage gesteigert werden. Das gesamt-haft um elf Plätze reduzierte Bettenangebot ergibt sich aus der besonderen Situation im Altersheim Trotte. Wegen des bevorstehenden Umbaus ist das Altersheim nicht mehr voll ausgelastet, und per Ende 2010 wurden einzelne Appartements an Studierende vermietet.

Der Anteil der Bewohnerinnen und Bewohner, die Zusatz-

leistungen zur AHV/IV beziehen, ist im Berichtsjahr erstmals über die 50 %-Marke gestiegen. Die Zunahme erklärt sich aus der Taxanpassung ab Januar 2010 sowie aus der erstmals erhobenen Betreuungstaxe in Besa-Pflegestufe 2.

Der Anteil der Personen, die regelmässige Pflege benötigen, hat sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig von 58,3 % auf 57 % reduziert. Das ergibt sich hauptsächlich aus dem Rückgang bei den schwer- und schwerst-pflegebedürftigen Bewohnerinnen und Bewohnern. Damit wird die immer wieder gehörte Aussage, wonach die Pflegebedürftigkeit der Bewohnerinnen und Bewohner in Altersheimen zunehme, widerlegt. Die Zahlen aus dem Berichtsjahr zeigen, dass das Durchschnittsalter und die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Bewohnenden der städtischen Altersheime weiterhin stabil geblieben sind.

Die Vertragsvariante ServiceWohnen wird im Altersheim Stampfenbach seit Januar 2010 im ganzen Haus angeboten. Im Altersheim Wildbach ist ServiceWohnen bereits seit der Wiedereröffnung im September 2009 im ganzen Haus möglich.

## 4.8 Umwelt- und Gesundheitsschutz

### 4.8.1 Aufgaben

Der Umwelt- und Gesundheitsschutz Zürich (UGZ) kümmert sich um die Qualität der Umwelt sowie die Förderung der Gesundheit in der Stadt. Er steht ein für eine zweckmässige Umsetzung der Vorschriften und sucht den Dialog mit den Betroffenen. Er stellt zuhause von Öffentlichkeit und Behörden das Controlling im Umwelt- und Gesundheitsschutz sicher, verfolgt die politische und fachliche Entwicklung, erhebt Daten und wertet sie aus. Früh erkennt er kritische Prozesse. Er informiert, schlägt Massnahmen vor, initiiert Projekte oder beteiligt sich an solchen Vorhaben.

### 4.8.2 Jahresschwerpunkte und Kennzahlen

Im Rahmen des Legislatorschwerpunkts «Nachhaltige Stadt Zürich – auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft» wurden die Vorgehensberatung und das Energie-Coaching für Energieeffizienz bei Gebäuden weiterentwickelt. Der Öko-Kompass, die Umweltberatung für KMU, führte 71 Standortberatungen durch, und die Geschäftsstelle machte das Angebot an 16 Veranstaltungen breiter bekannt. Ebenfalls ausgebaut wurde das Allianzen- und Partnermanagement.

Einen Schwerpunkt bildete die Kommunikation der 2000-Watt-Gesellschaft: Der Energierechner war während 91 Tagen an 16 Veranstaltungen im Einsatz und erreichte rund 22 000 Personen.

Für die Zürcher Woche an der World Expo 2010 in Shanghai entwickelte der UGZ in Zusammenarbeit mit der Stadtentwicklung die 2000-Watt-Waage. Dieses interaktive Ausstellungsmodul stiess auf grosse Resonanz und wurde schliesslich während sieben Wochen statt einer gezeigt. Seit dem Herbst war die 2000-Watt-Waage in Zürich im Einsatz.

Die Aktionstage Zürich Multimobil im September hatten den Schwerpunkt «Mobilität und Kultur». Indem weitere Dienstleistungen in das Programm integriert werden konnten, entwickelte sich Zürich Multimobil zu einer attraktiven Plattform für städtische Projekte, und es gelang, neue Dialoggruppen anzusprechen und neue Kommunikationskanäle zu erschliessen. Im Vorfeld wurden im Rahmen des Projekts «multimobil unterwegs» Freiwillige motiviert, während eines Monats aufs Auto zu verzichten und auf umweltfreundliche Verkehrsmittel umzusteigen. Die Aktion endete am 22. September 2010, dem europäischen Tag «In die Stadt – ohne mein Auto».

Die sechsten Zürcher Umwelttage fanden am 28. und 29. Mai statt. Rund 30 000 Besucherinnen und Besucher interessierten sich für die vielfältigen Themen rund um Gesundheit und Umwelt. Schwerpunktthema war die Biodiversität, deren grosse Bedeutung anhand von Beispielen vom Obst über Textilien bis zur Wasserqualität aufgezeigt wurde.

#### Umweltschutzfachstelle

Die Umweltschutzfachstelle (USF) trägt mit Grundlagenarbeiten und Projekten zur städtischen Klimaschutzpolitik bei. Sie erarbeitete zusammen mit den Universitäten Basel und Berlin eine wissenschaftliche Analyse der lokalklimatischen Gegebenheiten in der Stadt Zürich. In einem zweiten Schritt wurden Massnahmenvorschläge entwickelt, die in die Räumliche Entwicklungsstrategie (RES) einfließen und als Planungshinweise



Die Zürcher Umwelttage in der Innenstadt finden jeweils im Frühsommer statt.

dazu beitragen sollen, die lokalklimatische Situation in der Stadt zu optimieren. Die durch den Klimawandel bedingten Veränderungen im Lokalklima der Stadt haben Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung, die Natur und auf die bauliche Infrastruktur der Stadt. Eine Anfang 2011 vorliegende Fallstudie wird die Chancen und Risiken des Klimawandels für die Stadt erstmals einschätzen.

Eine wichtige Tätigkeit der USF ist die Koordination des städtischen Masterplans Umwelt. Der Bericht zum Stand des Masterplans Umwelt wurde den beteiligten Dienstabteilungen zur Vernehmlassung zugestellt. Ein erstes Massnahmenprogramm wird 2011 vorgelegt.

Im Weiteren trieb die USF die Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen nach nachhaltigen Kriterien voran. In Kooperation mit anderen Dienstabteilungen hat sie sich unter anderem mit sozialen und ökologischen Kriterien für die Beschaffung von Natursteinen oder Arbeitskleidern beschäftigt. Im März verabschiedete der Stadtrat die «Richtlinie Soziale Nachhaltigkeit», die Vorgaben für die nachhaltige Beschaffung durch die Stadt macht. Dafür konnte die Stadt Zürich die Auszeichnung «Fairer Stein» des Arbeiterhilfswerks (SAH) entgegennehmen.

2010 lag der USF keine Umweltverträglichkeitsprüfung zur Koordination vor. Da viele der sich im Bau befindlichen Grossbauten bereits in einem frühen Planungsstadium einer UVP unterworfen waren, musste dagegen bei den jeweiligen konkreten Projekten die Einhaltung der Vorgaben überprüft werden. Hinzu kamen Stellungnahmen zu UVP-pflichtigen Infrastrukturanlagen im Rahmen von Anhörungs- oder Plangenehmigungsverfahren.

#### Energie und Nachhaltigkeit

Am 1. Januar hat die neu geschaffene Abteilung Energie und Nachhaltigkeit (ENA) ihre Tätigkeit aufgenommen. Sie setzt sich aus Mitarbeitenden zusammen, die bisher der Umweltschutzfachstelle zugeordnet waren, sowie einer neuen, extern rekrutierten Abteilungsleiterin. Die ENA hat folgende Tätigkeitsschwerpunkte: 1. Die Steuerung der Energiepolitik der Stadt Zürich mit Schwerpunkt Energienachfrage. 2. Die Entwicklung und Etablierung innovativer Instrumente, die auf dem gesamten Stadtgebiet zur Reduktion der Energienachfrage, zur Energieeffizienz und zum Umstieg auf erneuerbare Energien beitragen (wie z. B. das Energie-Coaching). 3. Eine aktive Kommunikation zu den 2000-Watt-Aktivitäten der Energiestadt Zürich.

Im Rahmen des Masterplans Energie wurden mit den Verantwortlichen Controlling-Gespräche geführt. Ferner hat die Überarbeitung des Masterplans Energie begonnen, der 2012 vom Stadtrat neu festgelegt wird. Das vom Gemeinderat gewünschte Konzept für die städtische Energiebuchhaltung ist in Arbeit. In departementsübergreifenden Vorhaben (Energieversorgung 2050, zentrale/dezentrale Energieversorgung und Wärmeversorgungskonzept) hat die ENA die Nachfrageinteressen vertreten.

Im zweiten Jahr des Energie-Coachings wurde das Beratungsangebot inhaltlich weiterentwickelt und um die Teile denkmalpflegerische Vorabklärung, Immobilienökonomie, Berechnung von Energieeinsparung und Grobkosten ergänzt. 50 Coaching-Projekte wurden gestartet. Der Anteil der Sanierungen, die Minergie-Standard erreichen, liegt bei rund 40%. Erste Berechnungen zu den Energieeinsparungen zeigen, dass rund 69% der Heizenergie und 84% CO<sub>2</sub>-Äquivalente auf Stufe Nutzenergie eingespart werden können.

Um das Angebot Energie-Coaching noch breiter bekannt zu machen, aber auch, um die Potenziale von Nahwärmeverbänden besser auszuschöpfen, hat die ENA ein Konzept zu einer Veranstaltungsreihe «Energie im Quartier» erarbeitet, aus Budgetgründen jedoch zurückgestellt.

An Veranstaltungen wie einem Informationsabend «Vom Thermografiebericht zum Sanierungsprojekt», dem Energiezelt an den Umwelttagen oder einer Tournee des Energierechners durch städtische Amtshäuser hat die ENA verschiedene Zielgruppen für die 2000-Watt-Gesellschaft sensibilisiert. Überdies haben Mitarbeitende der ENA zahlreiche Referate zum Themenkreis «Zürich und die 2000-Watt-Gesellschaft» gehalten.

## Abteilung Umwelt

Mit Blick auf die Luftqualität waren die Wintermonate wettermässig durch eine mehrtägige Inversionslage Mitte Februar und eine kurze Inversionslage Ende Dezember geprägt. Der Sommer präsentierte sich mit Ausnahme einer einmonatigen Schönwetterperiode von der verhaltenen Seite. Die Stickstoffdioxid-(NO<sub>2</sub>-)Belastung an der Messstation Stampfenbachstrasse lag mit 36 µg/m<sup>3</sup> etwas niedriger als im Vorjahr, jedoch im Bereich der Vorjahre. Die Feinstaubbelastung (PM10) lag gegenüber 2009 mit 23 µg/m<sup>3</sup> ebenfalls etwas tiefer. Bei beiden Schadstoffen wird der jeweilige Langzeitgrenzwert weiterhin überschritten. Für NO<sub>2</sub> kam es zu 3 (Vorjahr: 3), beim Feinstaub zu 12 (12) Überschreitungen der entsprechenden Kurzzeitgrenzwerte. Insgesamt resultierten für Ozon 2010 an der Stampfenbachstrasse 185 (51) und am Stadtrand 296 (242) Überschreitungsstunden. Nahezu zwei Drittel der Überschreitungen des Immissionsgrenzwerts der eidgenössischen Luftreinhalte-Verordnung kamen in die Schönwetterperiode von Ende Juni bis Ende Juli zu liegen.

Der kantonale Massnahmenplan Luftreinhaltung 2008 wurde ausgewertet und seine Umsetzung in der Stadt Zürich vorbereitet. Der städtische Massnahmenplan Luftreinhaltung wurde an die Hand genommen. Bei der Entwicklung und Realisierung eines GIS-gestützten Emissionskatasters für Luftschadstoffe konnten entscheidende Fortschritte erzielt werden. Unter den Emissionsmessungen stach bezüglich Komplexität und Umfang die Kontrollmessung an der Linie 1 des Kehrichtheizkraftwerks Josefstrasse heraus. Diese ergab gute bis sehr gute Resultate. Daneben konzentrierten sich die Emissionsmessungen

auf Low-NOx-Anlagen mit den Energieträgern Öl und Erdgas, auf Holzfeuerungen und stationäre Verbrennungsmotoren. Für ein gemeinsames Projekt zur Beurteilung der Emissionen von Holzpelletfeuerungen im tiefen Leistungsbereich wurden zusammen mit der Erdgas Zürich AG die wesentlichen Vorbereitungen getroffen. Eine lufthygienische Beschwerde über eine Kaffeerösterei erforderte aufwendige Abklärungen. Diverse Beschwerden waren wegen Staubbelastungen im Zusammenhang mit Baustellen zu bearbeiten.

Die Feuerungskontrolle führte – zusammen mit der Heizungsbranche – insgesamt 12 500 Emissionskontrollen durch, ferner Kontrollen von Holzfeuerungen. Die Beanstandungsquote bei Öl- und Gasfeuerungen liegt bei 15,7%. 1291 Abnahmekontrollen von neuen Anlagen weisen darauf hin, dass die Sanierungsaufforderungen im Leistungsbereich < 70 kW auch umgesetzt werden.

Im Bereich Verkehrslärmschutz konnten als Massnahmen an der Quelle erste Streckenabschnitte für Tempo 30 zur Umsetzung freigegeben werden. Eine Simulationsstudie hat zudem mögliche Auswirkungen von Tempo 30 für Strassen mit Tram- oder Busverkehr abgeklärt. Einzelne Lärmschutzwände (Schweighofstrasse) konnten realisiert werden. Mehrere Sanierungsprojekte wurden öffentlich aufgelegt (Birmensdorfer-, Forch-, Leimbachstrasse).

Unabhängige, akkreditierte Messfirmen überprüften bei 16 Mobilfunk-Basisstationen die Einhaltung des Anlagengrenzwerts ohne Wissen der Mobilfunkbetreiberfirmen. Bei zwei Anlagen wurde eine Grenzwertverletzung festgestellt. Die Sendeleistung musste entsprechend reduziert werden.

In der Stadt Zürich gibt es aktuell rund 15 700 Tankanlagen mit Wasser gefährdenden Flüssigkeiten. Die Zahl der Tankstellen hat sich gegenüber dem Vorjahr um zwölf auf 156 verringert. Die fünf aktenkundigen Ölunfälle verursachten keine Grundwasserverschmutzung.

## Energietechnik und Bauhygiene

Die Abteilung Energietechnik und Bauhygiene (E+B) überprüfte 2118 (Vorjahr: 1950) Baugesuche und Anzeigeverfahren. Im nachgeschalteten Verfahren sind 684 (551) Nachweise Energetischer Massnahmen und 567 (406) Projekte von Klima- und Lüftungsanlagen bearbeitet worden. Insgesamt hatte E+B 3706 (3190) Bewilligungsvorgänge zu bewältigen, was einer Zunahme von 15% entspricht. 577 (471) Abnahmen und Kontrollen von Gastwirtschaftsbetrieben, von Lüftungsanlagen und zur Ausführung des hindernisfreien Bauens wurden durchgeführt und 252 (178) Beschwerden zu Innen- und Aussenraumhygiene bearbeitet.

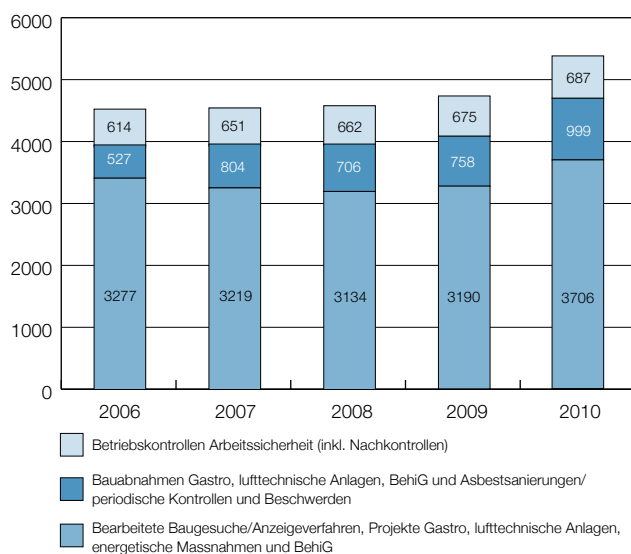
75 (50) Vorgehensberatungen zur Ermittlung des energetischen Istzustands und Abschätzung des Effizienzsteigerungspotenzials bei bestehenden Bauten mit Sanierungsbedarf wurden durchgeführt.

Seit Mai 2010 gelten die Bestimmungen zum Schutz vor Passivrauchen. Das Erarbeiten und Kommunizieren der geltenden Bestimmungen und das Herleiten der Beurteilungspraxis stellte eine grosse Herausforderung dar. Viele Gastwirte nutzten persönliche Beratungen als Hilfestellung. 67 Gesuche von Raucherräumen wurden überprüft und deren Lüftungsanlagen bewilligt. Die Einhaltung der Vorschriften wurde in enger Zusammenarbeit mit der Stadtpolizei sichergestellt.

Die Arbeitsinspektoren haben mit 687 (675) ASA-Systemkontrollen in 400 Betrieben die Umsetzung von Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz überprüft. Sie verfassten fünf Plan- genehmigungen für Bauvorhaben industrieller Betriebe. Es erfolgten 373 Planbegutachtungen zu Bauvorhaben nicht- industrieller Betriebe.

21 der insgesamt 146 (102) begleiteten und im Jahr 2010 abgeschlossenen Asbestsanierungen haben in teilsanierten Gebäuden, sieben in als totalsaniert eingestuft Gebäuden stattgefunden. In acht Fällen ist Spritzasbest entfernt worden – in einem Fall in einem als totalsaniert geltenden Gebäude.

### Geschäfte Energietechnik und Bauhygiene



### Gesundheitsschutz

2010 wurden 4719 (Vorjahr: 4942) Kontrollen in 4447 Lebensmittelbetrieben durchgeführt, deren Zahl um 155 zugenommen hat. Ebenfalls gegenüber dem Vorjahr angestiegen ist aufgrund einer längeren Periode mit feuchter Witterung im Herbst die Anzahl kontrollierter Pilze. Sie hat damit wieder die Mengen der Jahre 2007/08 erreicht. Bei den Beschlagnahmungen, die auf Deklarationsmängel ausländischer vorverpackter Produkte zurückzuführen sind, ist eine Abnahme zu verzeichnen. Am Züri-Fäscht wurden die Lebensmittelstände und Festwirtschaften kontrolliert. Zusätzlich wurde Schmuck auf Abgabe von Nickel getestet und wurden Softice-Proben erhoben, die mit erfreulich guten Bakteriologie-Resultaten abschnitten.

Tätigkeiten Lebensmittelinspektorat	2006	2007	2008	2009	2010
Betriebe	4219	4302	4283	4292	4447
Inspektionen	6216	5659	4623	4942	4719
<b>Massnahmen</b>					
Beschlagnahmungen	1388	1356	1297	866	536
Benützungsverbote	39	52	45	40	35
Betriebsschliessungen	10	16	13	12	7
Strafanzeigen	54	82	63	56	65
<b>Proben</b>					
Beprobte Betriebe total	574	610	608	529	491
Beprobte Betriebe (Bakteriologieproben)	253	224	300	237	216
Total Probenerhebungen	2529	2610	3333	3405	3619
– davon Bakteriologieproben (B-Proben)	1552	1440	1871	1423	1696
B-Proben ohne Beanstandung	1076	1036	1315	1082	1343
B-Proben mit Beanstandung	476	404	556	341	353
Strafanzeigen aufgrund schlechter B-Proben	61	55	89	41	67

<b>Amtliche Pilzkontrolle für private Sammlerinnen und Sammler*</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>
Kontrollscheine	405	413	288	427
Kontrollen mit Giftpilzen	13	18	23	40
Kontrollen mit tödlich giftigen Pilzen	1	2	3	6
Speisepilze	371 kg	452 kg	260 kg	404 kg
Ungenießbare Pilze	64 kg	290 kg	90 kg	84 kg
Giftpilze ohne tödlich giftige Arten	2.5 kg	7 kg	2.8 kg	4.0 kg
Tödlich giftige Pilzarten der Gattung Amanita (Knollenblätterpilze)	0.05 kg	0.3 kg	0.12 kg	0.4 kg

\* nur Daten der letzten vier Jahre infolge Systemwechsels.

Die Beratungsstelle Schädlingsbekämpfung (BSB) bearbeitete 1870 Anfragen. Die Anfragen zu Bettwanzen erreichten mit 54 einen neuen Höchstwert. Im Oktober organisierte die BSB zum 1. Mal die Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Medizinische Entomologie und Acarologie mit über 50 Teilnehmenden aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. In zwei Verwehrlosungsfällen wurde eingegriffen und die Belästigung

der Nachbarschaft gelindert. Die marmorierte Baumwanze trat im Januar gehäuft an Hausfassaden und in Gebäuden auf und brachte der BSB zahlreiche Anrufe. Die BSB koordinierte die systematische Bekämpfung der Orientalischen Schabe in über 20 aneinandergereihten Häusern und deren gemeinsamem Innenhof.

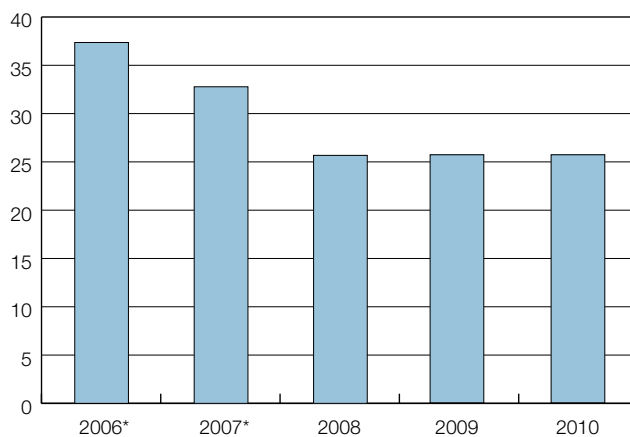
<b>Tätigkeiten Beratungsstelle Schädlingsbekämpfung</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>
Beratungen (inkl. Bagatellanfragen)	2211	2013	1948	2068	1870
Vorträge/Schulungen	11	10	14	12	12
Situationsabklärungen	70	73	73	48	69
Rattenbekämpfung (inkl. Arealüberwachung) auf öffentlichem Grund	71	50	82	56	55
Desinfektionen	13	12	17	21	25
Anfragen zu Bettwanzen	27	43	34	29	54

Im Geschäftsjahr wurden durch die Badewasserkontrolle 270 (195) Analysen mit 46 (18) Beanstandungen durchgeführt. Bei den Hallenbädern gab es nur Bagatellfälle zu beanstanden. Die Schulschwimmanlagen sind sehr gut geführt und sauber. Die Freibäder wurden im Sommer trotz der schlechten Witterung zweimal mit guten Resultaten kontrolliert. Das See- und Flusswasser war einwandfrei.

#### **Veterinärdienste**

2010 wurden insgesamt 266798 Tiere mit einem Gesamtgewicht von 27,27 Mio. Kilogramm geschlachtet und von den Veterinärdiensten kontrolliert. In den letzten Jahren ergibt sich somit ein konstanter Geschäftsgang der Schlachtbetriebe Zürich. Insgesamt mussten im Berichtsjahr 378 Tiere als ungenießbar deklariert werden. Eine amtlich überwachte Tiefkühlbehandlung wegen Rinderfinnenbefalls musste bei 88 Schlachtierkörpern durchgeführt werden. Die tierärztliche Lebendkontrolle überprüfte 9264 Tiere der Rindergattung auf klinische BSE-Symptome. Bei allen 826 aus dieser Gruppe gezielt ausgewählten Kühen war der BSE-Test negativ.

#### **Entwicklung des Schlachtvolumens in Mio. kg**



\* inkl. Volumen des Schlachthofs St. Gallen, der von Mitte Mai 2006 bis April 2007 wegen Umbaus in Zürich schlachtete.

Eine immer wichtigere Aufgabe erfüllen die Veterinärdienste im Bereich der Ausbildung von Amtstierärztinnen und -ärzten und Studierenden der Vetsuisse-Fakultät. Insgesamt 154 Praktikumstage und fünf praktische Abschlussprüfungen für Amtstierärztinnen und -ärzte fanden in Zürich statt.

Im Labor wurden 204 529 Proben von Schweinen des lokalen Schlachtbetriebs sowie 14 329 Proben von Schweinen, 20 von Pferden und 52 von Wildschweinen externer Betriebe auf Trichinen untersucht, alle mit negativem Resultat. Im Auftrag des Bundes wurden 234 Proben für Rückstandsuntersuchungen sowie 152 Proben für das Antibiotika-Resistenz-Monitoring erhoben. Im Rahmen des Sanierungsprogramms EP/APP (ansteckende Lungenentzündung der Schweine) wurden 337 Meldungen gemacht. Es konnten nur drei (fünf) positive Laborbefunde spezifiziert werden. Die Stabilisierung der positiven Laborbefunde auf diesem tiefen Niveau deutet darauf hin,

dass die gemäss Tierseuchenverordnung zu überwachende Krankheit dank des Wirkens der Schlachthöfe in der Schweiz praktisch ausgerottet ist.

Auf Ende des Berichtsjahrs konnte die Vereinbarung mit dem Kanton Zürich über den Vollzug amtstierärztlicher Aufgaben in den Schlachtbetrieben auf dem Gebiet der Stadt Zürich unterzeichnet werden, welche die gegenseitigen Rechte und Pflichten regelt und per 1. Januar 2011 in Kraft tritt.

## **ZüriWC**

Von den insgesamt 96 Anlagen wurden folgende ZüriWC um- oder neu gebaut: Höschgasse, Milchbuck, Platzspitz, Stettbach, Urania, Walchebrücke. Der in Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen der Stadtverwaltung überarbeitete Masterplan ZüriWC wurde am 19. Mai 2010 durch den Stadtrat genehmigt.

## **4.9 Stadtküche**

### **4.9.1 Aufgaben**

Die Stadtküche stellt im Auftrag der Menu and More AG, einer Tochterfirma der gemeinnützigen Westschweizer Stiftung DSR Participations SA, Menüs, Menükomponenten sowie verschiedene Konsumprodukte für ein breites Kundinnen- und Kundensegment her. Die Stadt Zürich ist (im Berichtsjahr) mit 40 % an der Menu and More AG beteiligt.

Die Aktivitäten finden in vier Geschäftsfeldern statt: im Geschäftsfeld School für Horte, Krippen, Sonder- und Tagesschulen, im Geschäftsfeld Care für Heime, Spitex und diverse Organisationen der Pro Senectute in der ganzen Deutschschweiz, im Geschäftsfeld Business für KMUs und Verwaltungen und im Geschäftsfeld Gastronomie & Retail für die Gemeinschafts-, Verkehrs- und Handelsgastronomie sowie für Restaurationsketten und den Detailhandel.

### **4.9.2 Jahresschwerpunkte**

Nebst den notwendigen Vorbereitungen zur Integration der Stadtküche in die Menu and More AG, konnten auch im Berichtsjahr wiederum sehr erfreuliche unternehmerische Fortschritte und Erfolge verzeichnet werden.

Im Mai wurde die Homepage des Vertriebspartners Menu and More AG nach einem gründlichen Redesign und deutlichen Ausbau neu aufgeschaltet. Der neue Webauftritt präsentiert sich nun frisch und informativ und lässt sich in kürzester Zeit durch das Unternehmen selber pflegen. Damit ist die Homepage stets auf dem neusten Stand. Auch das Informatik-Herzstück der Stadtküche, die ERP-Lösung MS Navision, erforderte ein umfassendes Upgrade, das ebenfalls im Mai nach einer sorgfältig vorbereiteten Projektphase erfolgreich durchgeführt werden konnte.

Das Auslaufen des Businessplans per Ende 2010 verlangte nach der Festlegung der Strategie für die nächsten Jahre. Nach Durchführung einer gründlichen internen und externen Analyse erarbeitete die Geschäftsleitung die neue Strategie für den Zeitraum 2011–2015, einschliesslich einer Balanced Score Card. Damit wurden die strategischen Stossrichtungen für die nächsten Jahre definiert.

Im August lancierte die Stadtküche mit Menu and More das puzzleplate®, die individuelle Verpflegungslösung für Unternehmen und Verwaltungen ohne Personalrestaurant. Damit ist es jedem Arbeitgebenden ohne Kosten möglich, seinen Mitarbeitenden eine interne Verpflegungsmöglichkeit anzubieten.

Nachdem sich die Stadtküche 2009 nach der ISO-Norm 9001:2008 zertifiziert hat, konnte im September 2010 erfolgreich die Umwelt-ISO-Zertifizierung nach 14001:2004 erlangt werden. Damit hat das Unternehmen innert zwölf Monaten diese beiden für die zukünftige Strategie wichtigen Zertifizierungen erreicht.

Seit 2009 produziert die Stadtküche für Coop ausgewählte Frischprodukte. 2010 konnte nun auch die Migros als grösster Detailhändler der Schweiz als Kundin hinzugewonnen werden.

Einige langjährige Kundinnen und Kunden, die im Berichtsjahr den Auftrag neu ausgeschrieben hatten, wie die Pro Senectute Kanton Zürich oder das Bezirksgefängnis Biberbrugg, konnten ebenfalls wieder für weitere Jahre gewonnen werden.

### **Auflösung der Stadtküche**

2010 war das letzte Jahr des Bestehens der Stadtküche. Nachdem der Stadtrat am 25. Februar 2009 und der Gemeinderat am 3. März 2010 dem Verkauf der Stadtküche an die DSR Participations SA zugestimmt haben, stimmte am 13. Juni 2010 auch das Stimmvolk der Stadt Zürich diesem Vorhaben zu. Dadurch konnte die Stadtküche, deren Ursprünge bis 1879 zurückreichen, per Ende 2010 als Dienstabteilung des Gesundheits- und Umweltdepartements aufgelöst und in die bereits seit 2004 bestehende Menu and More AG integriert werden.

Im Beisein aller Mitarbeitenden und des Verwaltungsrats sowie zahlreicher geladener Gäste aus dem Gesundheits- und Umweltdepartement und der DSR Stiftung übergab Stadträtin Claudia Nielsen am 17. Dezember im Rahmen einer feierlichen Abschiedsfeier offiziell den Schlüssel zur Stadtküche an Pierre-André Lautenschlager, Präsident der DSR-Gruppe. Die Stadt Zürich bleibt neu mit 20 % an der Menu and More AG beteiligt.

## 4.10 Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich

### 4.10.1 Aufgaben

Die Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW) erstellt preiswerte altersgerechte Wohnungen und vermietet diese an über 60-jährige Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Zürich. In ihren bald 35 Siedlungen vermietet sie 1- bis 3½-Zimmer-Wohnungen, kombiniert mit alltagsnahen, sozialen und pflegerischen Dienstleistungen. Rund 70 % ihrer Wohnungen sind mit zinslosen Darlehen der Wohnbauförderung vergünstigt und für Personen mit einem kleinen Einkommen reserviert. Mit gezielten Projekten und einer eigenen Spitex unterstützt die SAW rund 2500 Mieterinnen und Mieter darin, bis ans Lebensende im eigenen Haushalt zu leben.

### 4.10.2 Jahresschwerpunkte

2010 feierte die SAW unter dem Slogan «Wohnen ab 60 – seit 1950» ihr 60-Jahr-Jubiläum. Aus diesem Anlass erschien das Buch «Leben wie ich will. Autonomes Wohnen im Alter», in dem die Vielfalt des Alters aufgezeigt und auf die Geschichte der Stiftung zurückgeblickt wird. Das reich bebilderte Buch umfasst lebendige Berichte aus dem Alltag von Mieterinnen und Mietern sowie Einblicke in den Berufsalltag von Mitarbeitenden. Aussagen interner und externer Fachleute ergänzen das Buch aus unterschiedlichsten Perspektiven. Das Buch ging als Geschenk an alle Mieterinnen und Mieter sowie an das Personal. Es ist im Buchhandel erhältlich und soll Leserinnen und Leser ermuntern, ihre eigenen Altersbilder zu überprüfen und sich selber mit der Frage auseinanderzusetzen, wie sie im Alter leben möchten.



**Das Jubiläumsbuch** «Leben wie ich will. Autonomes Wohnen im Alter». Text: Isabel Baumberger. Fotografie: Dominique Meienberg. Herausgeberin: Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW). 200 Seiten, Hardcover, Fadenheftung, 17x 26 cm, 100 Fotografien in Farbe und 25 historische Abbildungen.

ISBN 978-3-906729-84-8  
36 Franken  
(Bild: Dominique Meienberg)



Festliche Buchvernissage am 5. Oktober im Volkshaus. Marianna Bourquin-Mosch, die Mieterin auf dem Buchcover und ihre Tochter im Gespräch mit Stadträtin Claudia Nielsen. (Bild: Dominique Meienberg)

Das Jubiläumsjahr war auch ein Wahljahr. Nach dem Rücktritt von Stadtrat Robert Neukomm, der zwölf Jahre das Präsidium des Stiftungsrats der SAW inne hatte, begrüßte die SAW im Juni Stadträtin Claudia Nielsen als Präsidentin des Stiftungsrats. Im Juli kam es zu weiteren Wechseln im Gremium. Dr. Dieter Keller, Esther Guyer und Werner A. Furrer traten wegen der Amtszeitbeschränkung nach mehr als zwölf Jahren engagierter Mitarbeit aus dem Stiftungsrat zurück. Der Stadtrat hat folgende neue Mitglieder gewählt: Eva Sanders, Geschäftsführerin Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien; Isabel Baumberger, Kommunikationsberaterin und Publizistin; Dr. iur. Salome Zimmermann, Rechtsanwältin.

Die Neuorganisation der Spitex Zürich (seit dem 1. Januar 2010 gibt es in Zürich nebst der Spitex SAW nur noch zwei grosse Spitex-Organisationen) hatte eine vertiefte fachliche Zusammenarbeit der Spitex SAW mit den beiden anderen Spitex-Organisationen zur Folge. So beteiligt sich die Spitex SAW neu an der Fachstelle Qualität und an der Fachstelle Ausbildung und Weiterbildung. Die Spitex SAW ist ein Kernstück des Wohn- und Dienstleistungsangebots der SAW. Die gleiche Pflegefachfrau erbringt werktags sämtliche Spitex-Leistungen im Haus.

Auf die Tarifierhöhung für hauswirtschaftliche Leistungen reagierte die Spitex-Kundschaft der SAW sensibel, so dass die Nachfrage nach Spitex-Leistungen in den ersten Monaten des Berichtsjahrs um 10 % einbrach. Da die Spitex SAW schon 2009 einen Verlust verbucht hatte, mussten folglich Kosten eingespart werden. Dank dem Abbau einer Kaderstelle, weniger Krankheitsausfällen und einer erhöhten Produktivität konnte die Spitex SAW bis Ende des Jahres schliesslich wieder auf Kurs gebracht werden.

Das Bau- und Investitionsvolumen erreichte 2010 einen einmaligen Höhepunkt in der Geschichte der SAW. Mit der Baustategie 2005–2019 hatte die SAW das Angebot an Alterswohnungen in den einzelnen Quartieren analysiert. Sie bewertete einerseits die Bausubstanz der bestehenden Liegenschaften und setzte ein Terminprogramm für deren Instandhaltung und Instandsetzung. Andererseits musste die SAW auf die

veränderten Vorstellungen und Bedürfnisse der Seniorinnen und Senioren reagieren. Die Ansprüche sind hoch: Man möchte im Quartier wohnen bleiben, wünscht sich eine gute Anbindung an den öffentlichen Verkehr und Einkaufsmöglichkeiten in der Nähe, will möglichst viel Autonomie und gleichzeitig die Sicherheit in Notsituationen auf Unterstützung zählen zu können – und eine grosszügige Wohnung mit mindestens zwei Wohnräumen. 2010 konnten 126 neue grosszügige, zeitgemässe Wohnungen aus der Umsetzung der Baustrategie vermietet werden.

### Bauaktivitäten

2010 bedeutete für den Bereich Bauprojekte: acht Baustellen (Feldblume, Grünau, Krone Altstetten, Dufourstrasse, Frieden, Feldstrasse, Seefeldstrasse, Seebach), vier Machbarkeitsstudien (Espenhof, Gattikerstrasse, Köschenrüti, Scheuchzerstrasse) und als Folge einer Machbarkeitsstudie das Planerwahlverfahren Scheuchzerstrasse.

- *Siedlung Feldstrasse (Neubau)*: Der Spatenstich erfolgte im Juli 2010. Ab Frühling 2012 stehen für Seniorinnen und Senioren aus dem Quartier 31 Alterswohnungen mit zwei bis drei Zimmern bereit. Im Parterre entstehen Büros, welche die SAW als Verwaltungssitz selber nutzen wird. Dadurch leistet die SAW eine Quersubventionierung der Wohnungen und ermöglicht die Realisierung innerhalb der Vorgaben der Wohnbauförderung.
- *Siedlung Dufourstrasse (Totalsanierung)*: Die im Jahr 2009 begonnenen Bauarbeiten kommen planmässig voran. Die 51 Wohnungen mit 1½ bis 3½ Zimmern werden voraussichtlich im Sommer 2011 bezugsbereit sein.
- *Siedlung Seefeldstrasse (Neubau)*: Nach langen Verhandlungen mit den Eigentümerinnen und Eigentümern der Nachbarliegenschaften und diversen baurechtlichen Abklärungen erfolgte im Oktober der Baustart. Im Erdgeschoss der Liegenschaft entstehen entlang der Werkgasse und der Seefeldstrasse Gewerbeflächen. Darüber werden 28 Wohnungen mit 2 bis 3½ Zimmern im freitragenden Wohnungsbau erstellt. Auf diesem Grundstück kann die SAW keine subventionierten Wohnungen realisieren, die Kosten für die Baugrundsicherung sind zu hoch.
- *Siedlung Feldblume (Totalsanierung)*: Aus 39 kleinen Wohnungen ohne Bad sind nach der Sanierung 20 zeitgemässe Alterswohnungen mit 2½ oder 3½ Zimmern entstanden. Die im August eingezogene Mieterschaft schätzt die sanierten Wohnungen sehr. Ihre Wohnräume gruppieren sich rund um die Nasszelle und bieten dadurch im Tagesverlauf abwechslungsreiche Blickwinkel und ein grosszügiges Raumgefühl.
- *Siedlung Grünau (Totalsanierung)*: Wo vorher 76 mehrheitlich Einzimmerwohnungen im Angebot waren, brachte die Sanierung einen neuen Wohnungsmix. 54 Wohnungen mit 1½ bis 3½ Zimmern zwischen 43 und 85 Quadratmetern berücksichtigen unterschiedliche Wohnbedürfnisse und bieten Mietzinse für kleine und grössere Einkommen. Ab November konnten die Wohnungen neu vermietet werden.

- *Siedlung Krone Altstetten (Neubau)*: Der Neubau wird planmässig im Mai 2011 bezugsbereit sein. Es entstehen 52 Wohnungen mit zwei oder drei Zimmern. Die Vermietung an dieser einmaligen Lage war leicht. Die Siedlung liegt zentral, nahe beim Lindenplatz, ist aber gut in das Areal zwischen Dachslernweg und Feldblumenstrasse eingebettet. Die Wohnungen sind ruhig und hell.
- *Siedlung Grünwald (geplanter Neubau)*: Die SAW hat das Projekt gemeinsam mit der Baugenossenschaft Sonnengarten und der Gemeinnützigen Bau- und Mietergenossenschaft Zürich geplant. Sie wird in einem Teil der Überbauung 79 Alterswohnungen mit 2 bis 3½ Zimmern anbieten. Wegen einer Einsprache wurde die Baubewilligung aufgehoben. Die Bauträgerinnen haben gegen diesen Entscheid der Baurekurskommission im September Beschwerde eingereicht.
- *Siedlung Frieden (Neubau)*: Die Siedlung Frieden wird ab Mai 2011 in Etappen bezugsbereit sein. Es entstehen 93 Wohnungen mit 2 bis 3½ Zimmern, verteilt auf vier Häuser. Die Erdgeschossnutzungen auf dem Areal Frieden werden zum Quartiertreffpunkt: Hier entstehen ein Familienzentrum mit Cafeteria, eine Kindertagesstätte und ein neuer Sommergarten für das Restaurant Frieden.
- *Siedlung Seebach (Neubau)*: Mit der Überbauung des Areals gegenüber der Endhaltestelle Seebach erhält das Quartier Seebach einen grossen Platz und begrünte Gehwege zum Erholungsgebiet Katzenbach. Die Vertragsverhandlungen über den Landabtausch zwischen der SAW und der Liegenschaftenverwaltung der Stadt Zürich konnten Anfang 2010 abgeschlossen werden. Im Sommer erfolgte der Baustart. In vier locker angeordneten Häusern entstehen 80 Alterswohnungen, eine Kindertagesstätte, ein Familienzentrum mit Cafeteria und Bibliothek sowie eine zentrale Wäscherei für die SAW. Der Wäscheservice wird vor allem von älteren Mieterinnen und Mietern der SAW gerne genutzt.
- *Siedlung Köschenrüti (geplanter Neubau)*: Das von der Stadt übernommene Altersheimprojekt ist nach einer Machbarkeitsstudie für Alterswohnungen in der Planungsphase. Die neue Baueingabe wird im Spätsommer 2011 erfolgen. Der Baustart erfolgt im Frühling 2012. Ab 2013 stehen in Zürich-Nord weitere Alterswohnungen bereit. Geplant sind ungefähr 90 1½- bis 3½-Zimmer-Wohnungen sowie Raum für zwei von den Pflegezentren geführte Pflegewohngruppen.

### Neue Finanzstrategie

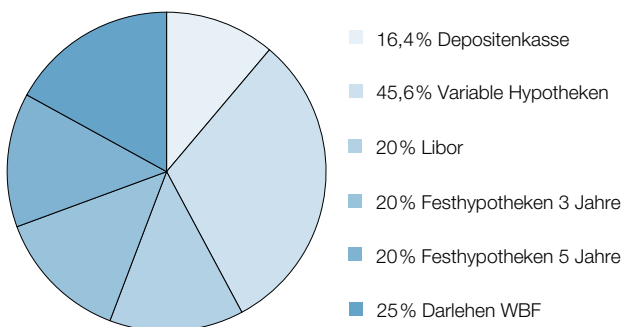
Die Einführung des hypothekarischen Referenzzinses für die Berechnung der Mieten verlangte nach einer Neuausrichtung der Finanzstrategie. Die SAW musste in der Kapitalbeschaffung die Faktoren Liquidität, Rentabilität und Sicherheit analog der Mischform des Referenzzinses neu ausbalancieren. Seit 2009 passte die SAW ihre Darlehensstruktur kontinuierlich an die neuen Rahmenbedingungen an. Vor der grossen Kapitalbeschaffung Anfang 2010 legte sie dem Stiftungsrat eine über

arbeitete Finanzstrategie vor. Der Stiftungsrat hat diese intensiv diskutiert und eine Variante verabschiedet, die flexibel und vor allem auch stabil angelegt ist. Die angestrebte Darlehensstruktur ist ein Mix aus variablen Hypotheken, Festhypotheken mit unterschiedlichen Laufzeiten sowie Beiträgen aus der Depositenkasse der SAW und aus städtischen und kantonalen Wohnbauförderungs-Darlehen.

### Vom Projekt zum fixen Angebot

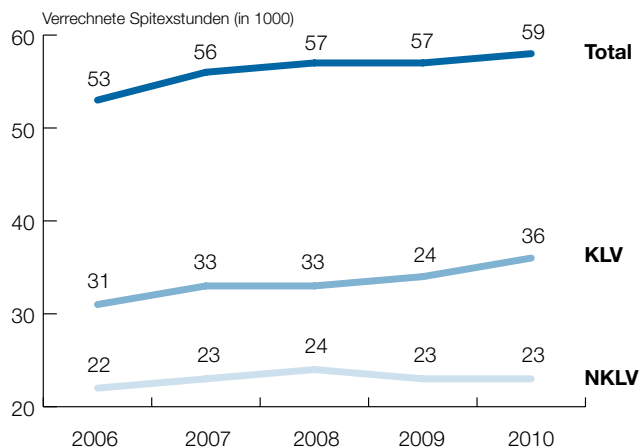
SEBA (Selbständig bleiben im Alter) ist ein niederschwelliges Angebot der Gesundheitsförderung für ältere Menschen. Um die Weiterführung von Seba sicherzustellen, wurde die Finanzierung des Angebots auf eine dauerhafte rechtliche Basis gestellt. Im Oktober genehmigte der Gemeinderat einstimmig eine maximale Defizitdeckung von 131 125 Franken pro Jahr.

### Darlehensstruktur Finanzstrategie 2010



Konnte sich früher die Mietzinsberechnung und Kapitalbeschaffung am ZKB-Satz für variable Hypotheken orientieren, setzt heute der hypothekarische Durchschnittssatz neue Rahmenbedingungen und fordert eine höhere Flexibilität in der Finanzstrategie.

### Verrechnete Spitexleistungen 2006–2010



Obwohl die Tarifierhöhung bei den hauswirtschaftlichen Leistungen die Nachfrage in den ersten Monaten markant zurückgehen liess, ist die Nachfrage nach Pflegeleistungen im Berichtsjahr leicht gestiegen.

## 4.11 Beratungsstelle Wohnen im Alter

### 4.11.1 Aufgaben

Die Beratungsstelle Wohnen im Alter (WiA) ist das städtische Kompetenzzentrum für Fragen des Wohnens im autonomen, fragilen oder abhängigen Alter. Schwerpunkte sind die Beratung von älteren Personen, die weiterhin zu Hause leben möchten oder zu Hause auf eine andere Wohnmöglichkeit warten, die Vermittlung von ambulanten Dienstleistungen und Hilfsmitteln sowie bei Bedarf die Koordination der involvierten Dienstleister. Personen, die ihre Wohnsituation verändern möchten oder müssen, vermittelt die Beratungsstelle Wohnmöglichkeiten in den Pflegezentren, den Altersheimen und in den Siedlungen der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich.

### 4.11.2 Jahresschwerpunkte

Die Nachfrage seitens der Kundschaft hat weiter zugenommen, sowohl bei den telefonischen Anfragen als auch bei den persönlichen Gesprächen. Der Zeitraum zwischen der telefonischen Anmeldung und dem ersten möglichen Beratungstermin betrug bis zu vier Wochen.

Das Spektrum der Themen ist breit. Ein Beratungsbedarf entsteht häufig aufgrund sich abzeichnender Veränderungen, die

im Kontext des Alterns oder durch äussere Einflüsse, z. B. Wohnungsverlust, entstehen. Beide Ursachen lösen meist Verunsicherung oder gar Lebenskrisen aus. Die eigentlichen Wohnthemen lassen sich nur selten losgelöst vom persönlichen Erleben betrachten und erfordern das Eingehen auf die Lebenssituation und Ressourcen der Einzelnen. Kundinnen und Kunden sowie Angehörige werden in ihren komplexen Veränderungs- und Entscheidungsprozessen gezielt begleitet.

Neben dem intensiven Tagesgeschäft war die Beratungsstelle mit den Folgen diverser Entwicklungen im Gesundheitswesen beschäftigt. Die bevorstehende Einführung des Pflegegesetzes sowie die geplante Einführung der Fallpauschalen in den Spitälern erforderten die Überprüfung der Prozesse der Vermittlung in die Heime. Im Vorfeld der Eröffnung einer Abteilung für besondere Pflege in den Pflegezentren wurden die Anmeldeunterlagen von Grund auf neu erarbeitet und vereinfacht.

Mit der Stiftung Alterswohnungen konnte vereinbart werden, dass künftig sie für den ganzen Vermietungsprozess zuständig sein wird. Die neue Arbeitsteilung erfolgt, sobald die neue Softwareversion zur Verfügung steht. Für die Information und Beratung der Kundschaft sowie die Bewirtschaftung der Wartelisten bleibt die Beratungsstelle zuständig.

### 4.11.3 Kennzahlen

Beratungsstelle Wohnen im Alter	2006	2007	2008	2009	2010
Telefonische Anfragen	9 401	11 778	16 593	17 172	18 106
Besprechungen	2 415	2 478	2 695	2 433	2 829
Vermittelte Wohnungen der Stiftung Alterswohnungen (SAW)	163	147	100	131	190
Vermittelte Appartements in städtischen Altersheimen (AHZ)	324	361	358	349	315
Vermittelte Wohnplätze in den Pflegezentren (PZZ)	1 049	1 076	1 242	1 178	1 135
Vermittelte Wohnplätze andere Anbieter*	278	377	289	41*	47*
Anzahl Wartende auf eine Wohnung SAW per 31.12.	1 664	1 990	2 563	2 990	3 432
Anzahl Wartende auf ein Appartement AHZ per 31.12.	1 088	1 186	1 258	1 346	1 504
Anzahl Wartende auf einen Wohn- und Pflegeplatz PZZ per 31.12.	194	184	167	127	114

\*Erfasst werden nur noch die Vermittlungen in die Vertragsheime der Stadt Zürich: Bethesda, Erlenhof und Rehalp.

### Kommentar zu den Kennzahlen

Es konnten wesentlich mehr Wohnungen der SAW vermittelt werden als im Vorjahr. Die Umsiedlungen wegen geplanter Sanierungen sind weitgehend abgeschlossen, und es konnten zwei sanierte Siedlungen neu bezogen werden. Trotzdem steigt die Nachfrage nach Alterswohnungen weiterhin und kann nicht annähernd befriedigt werden. Die steigende Nachfrage spiegelt die aktuelle Notlage auf dem Wohnungsmarkt. Die meisten Nachfragenden haben gute Gründe für den Umzugswunsch: 27 % geben an, die Wohnung wegen einer Sanierung zu verlieren, und 25 % nennen bauliche Hindernisse als Grund für die Wohnungssuche. Lediglich 13 % sagen, ihre Wohnung sei zu teuer oder zu gross.

Die Nachfrage nach einem Appartement in einem Altersheim ist leicht steigend. Die beiden Hauptgründe für eine Anmeldung liegen im Wunsch nach Dienstleistungen in alltagspraktischen Belangen (40 %) sowie im Bedürfnis nach Sicherheit (35 %). Der Wunsch nach sozialen Kontakten und der Verlust der Wohnung (je 8 %) spielen eine kleinere Rolle. Die Nachfragenden entscheiden sich offenbar für eine Anmeldung, wenn sich erste Zeichen von Gebrechlichkeit zeigen.

Bei den Pflegezentren wurde erneut eine hohe Vermittlungszahl erreicht. Die wichtigsten Zuweiser waren die beiden Stadtspitäler (Waid mit 508 und Triemli mit 337 Anmeldungen), gefolgt von den Hausarztpraxen (188) und den psychiatrischen Kliniken (103). Die durchschnittliche Wartezeit betrug 15 Tage.

## 5. Parlamentarische Vorstösse

### I. Unerledigte Initiativen

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2010)

Volks- und Einzelinitiativen, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

EIS = Einzelinitiative Stimmbürger (Erledigungsfrist 1½ Jahre mit ½ Jahr Verlängerung)  
EIR = Einzelinitiative Ratsmitglied (Erledigungsfrist 1½ Jahre mit ½ Jahr Verlängerung)  
VI = Volksinitiative (Erledigungsfrist 1½ Jahre mit ½ Jahr Verlängerung)

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
EIS 2009/000615 2009/000127	24.04.2009 11.11.2009	Lütolf Harry Bessere Informationen über Häusersanierungen in der Stadt Zürich

Gestützt auf Art. 15 und 17 der Gemeindeordnung der Stadt Zürich, auf die §§ 119 ff. des Gesetzes über die politischen Rechte sowie auf §96 des Gemeindegesetzes stellt der Unterzeichnende mit der vorliegenden Einzelinitiative folgenden Antrag in der Form einer einfachen Anregung:  
Im Falle von Mietzinserhöhungen wegen wertvermehrender Investitionen sollen Mieterinnen und Mieter in der Stadt Zürich bei der Stadtverwaltung nachfragen können, ob ihr Vermieter Förderbeiträge bzw. Subventionen – insbesondere für die energetische Sanierung der Liegenschaft – erhalten hat.

Am 1. Dezember 2010 beantragte der Stadtrat dem Gemeinderat, die Einzelinitiative abzulehnen. Der Gemeinderat wird in einem nächsten Schritt darüber befinden.

VI 2009/001357 2011/000017	30.10.2009 30.06.2010	Initiativkomitee vertreten durch Richard Rabelbauer Seniorenrechte Stadt Zürich
----------------------------------	--------------------------	--

Die Gemeindeordnung der Stadt Zürich vom 26. April 1970 (Gemeindeordnung, AS 101.100) ist mit folgendem Artikel zu ergänzen:

Art. 2<sup>quater</sup>

«Die Stadt gewährleistet in Zusammenarbeit mit öffentlichen und privaten Partnern ein an der Nachfrage orientiertes Angebot an Alterswohnungen und betreuten Einrichtungen für ältere Menschen. Sie fördert zudem den aktiven Einbezug älterer Menschen in das kulturelle, soziale und gesellschaftliche Leben.»

Die Volksinitiative «Seniorenrechte Stadt Zürich» wurde am 2. Juni 2010 bei der Stadtkanzlei eingereicht. Der Stadtrat hat am 30. Juni 2010 festgestellt, dass die Initiative gültig zustande gekommen ist. Das Gesundheits- und Umweltdepartement hat in einem nächsten Schritt dem Stadtrat eine Weisung an den Gemeinderat über die Gültigkeit und den Inhalt der Initiative zu unterbreiten.

## II. Unerledigte Motionen und Postulate

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2010)

Motionen und Postulate, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

MOT = Motion (Erledigungsfrist zwei Jahre nach Überweisung)

POS = Postulat (Erledigungsfrist zwei Jahre nach Überweisung)

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
MOT	21.12.1988	von Niederhäusern Hans und 11 Mitunterzeichnende
1994/003940	14.02.1990	Wohnmöglichkeiten für körperlich mehrfachbehinderte, pflegebedürftige Personen, Schaffung
1988/000024		

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage vorzulegen über die Schaffung und Förderung verschiedener Wohnmöglichkeiten, in denen körperlich mehrfachbehinderte, pflegebedürftige Personen untergebracht werden können.*

An der Sitzung vom 22. September 2010 beschloss der Gemeinderat eine Nachfrist von 12 Monaten. Als neue Frist zur Erarbeitung einer Vorlage gilt der 22. September 2011.

POS	11.09.2002	Sozialdemokratische Partei Fraktion, Freisinnig-Demokratische Partei Fraktion
2002/001666		und Christlichdemokratische Volkspartei Fraktion
2002/000332	30.10.2002	Flugverkehr, Betriebsvarianten

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Betriebsvariante «BV2 optimiert» einsetzen kann. Auch jede andere Betriebsvariante, die für das Gebiet der Stadt Zürich mehr Flugbewegungen gegenüber dem Jahr 2000 und zusätzliche Immissionen bedeuten würde, soll vom Stadtrat konsequent abgelehnt werden.*

*Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, mit allen politischen und rechtlichen Mitteln dahin zu wirken, dass die Summe aller Immissionen aus dem Flugverkehr im Gebiet der Stadt Zürich mittelfristig stabilisiert und langfristig reduziert werden kann. (Als Referenzwerte gelten die Daten des Jahres 2000 des Flughafens Zürich-Kloten, selbstverständlich ohne die Berücksichtigung der Auswirkung der vorübergehenden Pistensperrung.)*

*Zudem bitten wir den Stadtrat, zur Erreichung der oben genannten Forderungen die Zusammenarbeit mit den Gemeinden und der betroffenen Bevölkerung um den Flughafen Zürich-Kloten zu suchen.*

Die im Postulat erwähnte Betriebsvariante «BV 2 optimiert» ist seit der Ablehnung des Staatsvertrags mit Deutschland und den seitherigen Ereignissen (dazu gehören v. a. die Errichtung der deutschen Flugsperrungen und die infolgedessen eingeführten Südanflüge auf Piste 34) kein Thema mehr.

Nach wie vor notwendig ist jedoch ein Engagement des Stadtrats für einen Verzicht auf die Südanflüge auf Piste 34. Zur Stabilisierung und Reduktion der Fluglärmimmissionen auf Stadtgebiet ist eine Kanalisierung des Lärms über weniger dicht besiedeltem Gebiet notwendig. Dieses Ziel verfolgt der Stadtrat mit allen ihm zur Verfügung stehenden rechtlichen und politischen Mitteln. Erwähnt seien in diesem Zusammenhang beispielsweise die diversen rechtlichen Beschwerden im Bereich des Betriebsreglements sowie die Einflussnahme auf den Koordinationsprozess Sachplan Infrastruktur Luftfahrt und die kantonale Richtplanung.

In ihren Vernehmlassungen vom 27. Oktober 2010 zum SIL-Objektblatt und zum Entwurf des kantonalen Richtplans «Flughafen Zürich» setzte sich die Stadt Zürich einmal mehr für die Kanalisierung des Lärms über weniger dicht besiedeltem Gebiet ein. Die Stadt Zürich lehnte dabei alle vom Bund vorgeschlagenen Betriebsvarianten ab, da keine der vorgeschlagenen Varianten die Situation der stark lärmgeplagten Bevölkerung in Zürich-Nord verbessert. Zudem beantragte sie u. a. eine verlängerte Nachtruhe von 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr und die Festlegung eines Bewegungsplafonds von maximal 320'000 Flugbewegungen pro Jahr.

POS	11.09.2002	Schweizerische Volkspartei Fraktion
2002/001667	30.10.2002	Flugverkehr, Betriebsvarianten
2002/000333		

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Betriebsvariante «BV2 optimiert» einsetzen kann. Auch jede andere Betriebsvariante, die für das sehr dicht besiedelte Gebiet der Stadt Zürich mehr Flugbewegungen gegenüber dem Jahr 2000 und zusätzliche Immissionen bedeuten würde, soll vom Stadtrat konsequent abgelehnt werden.*

Die im Postulat erwähnte Betriebsvariante «BV 2 optimiert» ist seit der Ablehnung des Staatsvertrags mit Deutschland und den seitherigen Ereignissen (dazu gehören v. a. die Errichtung der deutschen Flugsperrungen und die infolgedessen eingeführten Südanflüge auf Piste 34) kein Thema mehr.

Nach wie vor notwendig ist jedoch ein Engagement des Stadtrats für einen Verzicht auf die Südanflüge auf Piste 34. Zur Stabilisierung und Reduktion der Fluglärmimmissionen auf Stadtgebiet ist eine Kanalisierung des Lärms über weniger dicht besiedeltem Gebiet notwendig. Dieses Ziel verfolgt der Stadtrat mit allen ihm zur Verfügung stehenden rechtlichen und politischen Mitteln. Erwähnt seien in diesem Zusammenhang beispielsweise die diversen rechtlichen Beschwerden im Bereich des Betriebsreglements sowie die Einflussnahme auf den Koordinationsprozess Sachplan Infrastruktur Luftfahrt und die kantonale Richtplanung.

In ihren Vernehmlassungen vom 27. Oktober 2010 zum SIL-Objektblatt und zum Entwurf des kantonalen Richtplans «Flughafen Zürich» setzte sich die Stadt Zürich einmal mehr für die Kanalisierung des Lärms über weniger dicht besiedeltem Gebiet ein. Die Stadt Zürich lehnte dabei alle vom Bund vorgeschlagenen Betriebsvarianten ab, da keine der vorgeschlagenen Varianten die Situation der stark lärmgeplagten Bevölkerung in Zürich-Nord verbessert. Zudem beantragte sie u. a. eine verlängerte Nachtruhe von 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr und die Festlegung eines Bewegungsplafonds von maximal 320'000 Flugbewegungen pro Jahr.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2002/001668 2002/000334	11.09.2002 30.10.2002	Grüne/AL Fraktion Flugbewegungen, Plafonierung

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er sich in Zusammenarbeit mit anderen Gruppierungen, Vereinigungen und Gemeinden für eine Plafonierung der Flugbewegungen des Flughafens Kloten auf 320 000 Flugbewegungen einsetzen kann.

Der Stadtrat hat sich in der Vergangenheit bereits mehrfach für eine Beschränkung der Flugbewegungen auf 320 000 pro Jahr ausgesprochen. Seine diesbezügliche Haltung hat sich im Berichtsjahr nicht verändert. In ihrer Vernehmlassung vom 27. Oktober 2010 zum SIL-Objektblatt des Bundes und zum kantonalen Richtplan beantragte die Stadt Zürich einmal mehr die Festlegung eines Bewegungsplafonds von 320 000 Flugbewegungen pro Jahr.

POS 2004/001513 2004/000512	22.09.2004 10.09.2008	Graf Franziska und Kappeler Thomas Strassenverkehrsabgaben (Road-Pricing), Einführung im Raum Zürich
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten, dem Gemeinderat einen Bericht vorzulegen über die Möglichkeiten der Einführung eines Road-Pricings als Lenkungsabgabe im Raum Zürich. Der Bericht soll aufzeigen

- was das Road-Pricing zur Verminderung der verkehrsbedingten Umweltbelastung (Luftschadstoff-, Lärm- und CO<sub>2</sub>-Emissionen, Ozonspitzenwerte) zu einer effizienteren Nutzung des Strassenraums, zu einem höheren Verkehrsanteil des öffentlichen Verkehrs sowie zu einer verbesserten Erreichbarkeit der zentralen Lagen beitragen kann;
- welche Ausgestaltungsvarianten hinsichtlich räumlichem Anwendungsbereich, Abgabenerhebung und Abgabehöhe in Frage kommen. Bei der Abgabehöhe sind Differenzierungen nach Fahrzeugkategorie, Tageszeit, Luftbelastungssituation, befahrender Zone usw. aufzuzeigen;
- Möglichkeiten der Einnahmeverwendung (zweckgebundene Verwendung für Investitionen in umweltfreundliche Verkehrsarten, Rückverteilung an Bevölkerung und Wirtschaft);
- Möglichkeiten einer etappierten Einführung des Road-Pricings;
- Kosten für Einführung und Betrieb des Road-Pricings.

Der mit dem Postulat geforderte Bericht wurde dem Gemeinderat mit Weisung Nr. 2010/408 vom 22.9.2010 und dem Antrag vorgelegt, den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis zu nehmen und das Postulat 2004/512 als erledigt abzuschreiben. Das Geschäft steht nach Vorberatung durch die Spezialkommission für das Gesundheits- und Umweltschutzdepartement Ende 2010 im Gemeinderat zum Entscheid an.

Der Bericht des Stadtrats weist die verkehrlichen, umweltbedingten, regionalen, sozialen und finanziellen Auswirkungen von Road-Pricing aus und beschreibt verschiedene Ausgestaltungsvarianten. Er wurde von einer städtischen Arbeitsgruppe erarbeitet und stützt sich auf Forschungsstudien, Workshops und Arbeitssitzungen von 2004 bis 2009 ab.

POS 2004/001903 2004/000666	15.12.2004 14.11.2007	Nagel Ueli UMTS-Mobilfunkantennen, vermehrte Nachkontrollen
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten, ab 2005 vermehrte (unangemeldete) Nachkontrollen bei den neu bewilligten und nachgerüsteten Mobilfunkantennen durchzuführen bzw. zu veranlassen. Dabei soll auch, in Absprache mit dem Kanton, das Rathaus als ein Omen (Ort mit empfindlicher Nutzung) in die Messungen einbezogen werden.

Der Umwelt- und Gesundheitsschutz Zürich (UGZ) lässt seit einigen Jahren regelmässig unangemeldete Nachmessungen der Elektromogbelastung durch Mobilfunkantennen durchführen, um die Einhaltung der Grenzwerte der Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV) in der Praxis zu verifizieren. An dieser Praxis wird auch künftig festgehalten. Der Stadtrat ist bereit, das Anliegen des Postulats aufzunehmen, indem das Rathaus im Messprogramm für unangemeldete Nachkontrollen berücksichtigt wird.

POS 2006/000584 2006/000207	31.05.2006 27.10.2010	Blöchlinger Patrick und Brassler Ueli Lichtemissionen, Verminderung während der Nacht im Siedlungsraum
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die nächtliche Abstrahlung von Licht aus dem – und auf den – städtischen Siedlungsraum (mit Einbezug des Uto Kulm) vermindert und insbesondere der Einsatz von Laserscheinwerfern und ähnlichen Lichtquellen bei Veranstaltungen verboten werden kann.

POS 2006/000937 2006/000346	30.08.2006 16.06.2010	Girod Bastien und Probst Matthias Cannabis, Pilotversuch für kontrollierten Verkauf
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie folgende Massnahmen umzusetzen sind:

1. In Form eines wissenschaftlich begleiteten Pilotversuchs wird in der Stadt Zürich der kontrollierte Verkauf von Cannabis eingeführt.
2. Im Rahmen seiner Präventionsbemühungen erarbeitet der Stadtrat mit den Schulen und den Fachorganisationen eine Strategie zur Aufklärung und Beratung von Jugendlichen. Im Vordergrund steht dabei nicht das gescheiterte Ziel der Abstinenz, sondern die pragmatische Vermittlung der belegbaren Gefahren eines übermässigen Konsums von Rauschmitteln – welcher Art auch immer – auf das schulische Fortkommen und die Gesundheit.
3. Der Stadtrat erstattet dem Gemeinderat regelmässig Bericht über die getroffenen Massnahmen und ihre Auswirkungen.
4. Der kontrollierte Verkauf an unter 18-Jährige ist ausgeschlossen.

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2006/000940 2006/000349	30.08.2006 02.12.2009	Müller Yvonne und Hirzel Astrid Öffentliche WC-Anlagen, Verdoppelung der Anzahl für Frauen
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, dass künftig bei Neubauten und Renovationen von öffentlichen Gebäuden sowie an öffentlichen Veranstaltungen doppelt so viele Frauen- wie Männertoiletten gebaut bzw. aufgestellt werden müssen.</i>		
POS 2006/001032 2009/000218	20.09.2006 27.05.2009	Girod Bastien und Probst Matthias Autofreier Tag, jährlich immer am 22. September
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, die zum Inhalt hat, dass die Stadt Zürich jedes Jahr am 22. September einen Tag unter dem Motto «In die Stadt ohne mein Auto» veranstaltet. An diesem Tag sind städtische Strassen grossflächig für den Autoverkehr zu sperren und alternative Fortbewegungsmöglichkeiten zu ermöglichen.</i>		
POS 2010/000691 2010/000268	13.12.2006 16.06.2010	Widler Josef Ambulante ärztliche Notversorgung in der Stadt Zürich, Sicherstellung
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine verbindliche Vorlage über die Sicherstellung der ambulanten ärztlichen Notfallversorgung in der Stadt Zürich zu unterbreiten. Die Vorlage soll ein neues, mit den praktizierenden Ärztinnen und Ärzten erarbeitetes Konzept beinhalten, das den Empfehlungen der Gesundheitsdirektorenkonferenz vom 26. Oktober 2006 Rechnung trägt.</i>		
MOT 2007/000482 2007/000234	09.05.2007 25.06.2008	Piller Bernhard und Mauch Corine 2000-Watt-Gesellschaft, konkrete Schritte und Massnahmen bis ins Jahr 2050
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zu unterbreiten, die konkrete Schritte und Massnahmen vorsieht, mit denen das in den Legislatorschwerpunkten 2006–2010 des Stadtrats formulierte Ziel einer «2000-Watt-Gesellschaft» bis ins Jahr 2050 erreicht werden soll. Die Weisung soll auch den Weg zu einem Zwischenziel «Energievision 2020» konkretisieren. Für eine erste Umsetzungsetappe ist ein Rahmenkredit von mindestens 5 Mio. Fr. bereitzustellen.</i>		
Der Stadtrat hat die Motion dem Gemeinderat mit Weisung 308 vom 22. Oktober 2008 zur Abschreibung empfohlen. Die Behandlung der entsprechenden Weisung ist zurzeit in der SK GUD pendent.		
POS 2007/000487 2007/000239	09.05.2007 27.10.2010	Di Concilio Salvatore und Wyler Rebekka Orte mit Publikumsverkehr, Defibrillatoren als lebensrettende Massnahme
<i>Der Stadtrat ist gebeten zu prüfen, wie als lebensrettende Massnahme an Orten mit Publikumsverkehr (öffentlichen Gebäuden, Sportanlagen u. a.) Defibrillatoren installiert werden können.</i>		
MOT 2007/000657 2007/000350	13.06.2007 24.10.2007	AL-Fraktion Minergie-P-Bauten, finanzielle Förderung
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zur finanziellen Förderung von Minergie-P-Bauten vorzulegen.</i>		
Der Stadtrat prüft die finanzielle Förderung von Minergie-P-Bauten unter Berücksichtigung der Fördermassnahmen von Bund und Kantonen. Der entsprechende Bericht ist in Vorbereitung. An seiner Sitzung vom 14. Juli 2010 hat der Gemeinderat eine Fristverlängerung beschlossen. Als neue Frist gilt der 30. Juni 2011.		
MOT 2007/000984 2007/000511	19.09.2007 24.11.2010	SP-Fraktion Parkkartenvorschriften, Abgaben für einen Klimafonds
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur teilweisen Finanzierung des städtischen Klimafonds (gemäss Motion vom 19. September 2007) zu Lasten des Strassenverkehrs als Mitverursacher des CO<sub>2</sub>-Ausstosses zu unterbreiten.</i>		

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
MOT 2007/000985 2007/000512	19.09.2007 24.11.2010	SP-Fraktion Klimafonds, Schaffung
<p>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, welche die Schaffung eines städtischen Klimafonds beinhaltet, aus dem Beiträge an öffentliche und private Vorhaben in der Stadt mit Klimaschutzwirkung gewährt werden. Die insbesondere in den Bereichen Immobilien, Mobilität sowie Wohn-, Gewerbe- und Büroausrüstung zu unterstützenden Vorhaben sollen über das kurz- und mittelfristig ökonomisch Rentable hinausgehen, wobei in Bereichen, in denen bereits öffentliche oder private Fördermassnahmen existieren, Mittel ausschliesslich ergänzend im Sinne einer nachweisbar erhöhten Klimaschutzwirkung ausgerichtet werden können. Bei allen unterstützten Vorhaben und Projekten ist sicherzustellen und nachzuweisen, dass keine Mitnahmeeffekte auftreten. Der Klimafonds soll aus zweckgebundenen Klimaabgaben gespeist werden. Nach 3 Jahren soll überprüft werden, inwiefern der Klimafonds einen Beitrag zum Klimaschutz geleistet hat und ob Höhe und Art der Einnahmen und Ausgaben zweckmässig waren und in dieser Form weitergeführt werden sollen. Der Stadtrat legt einen entsprechenden Bericht vor.</p>		
POS 2007/001258 2007/000630	28.11.2007 01.07.2009	Nagel Ueli und Abele Martin Wassersparende Durchflussregler, vergünstigte Abgabe
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er durch eine vergünstigte Abgabe von wassersparenden Durchflussreglern/Wasserstrahlreglern an die Bevölkerung und interessierte Betriebe und durch deren Einsatz in kommunalen Bauten und Betrieben zur Senkung des Wasserverbrauchs in der Stadt Zürich beitragen kann.</p>		
POS 2007/001251 2010/000491	28.11.2007 24.11.2010	SP-Fraktion Flughafen Zürich AG (Unique), Beteiligungserträge für den Klimafonds
<p>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, wonach die jährlichen Erträge aus der Beteiligung am Flughafen Unique (Flughafen Zürich AG) zugunsten des städtischen Klimafonds zu verwenden sind.</p>		
POS 2008/001273 2008/000543	03.12.2008 12.12.2008	Cerliani Pierino und Spieler Marianne 2000-Watt-Gesellschaft, Koordinationsstelle für die Umsetzung
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie nach dem positiven Volksentscheid vom 30. November 2008 eine u. U. befristete stadtweite Koordinationsstelle oder ein stadtweites Projekt im Sinne des vorausschauenden Controllings für die Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft eingerichtet werden kann. Dazu wird der Stadtrat ersucht, dem Gemeinderat rechtzeitig auf den Budgetprozess 2010 hin Bericht zu erstatten und anschliessend pro Legislatur zweimal.</p> <p>Die Strukturierung und Organisation des 2000-Watt-Prozesses in der Stadtverwaltung nach dem Legislatorschwerpunkt 4, «Nachhaltige Stadt Zürich – auf dem Weg zur 2000-Watt Gesellschaft» (2006 bis 2010) ist zurzeit in Erarbeitung. Der Stadtrat möchte vor der Schaffung allfälliger neuer Gremien klare Vorgaben für den Prozess und die Aufgaben bestehender und allenfalls neu zu schaffender Gremien erarbeiten.</p>		
POS 2009/000062 2009/000017	14.01.2009 21.01.2009	Nagel Ueli, Heinrich Uschi und 5 Mitunterzeichnende Öko-Businessplan für Zürcher KMU, Förderung von Pilotprojekten
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er im Zusammenhang mit dem «Öko-Businessplan für Zürcher KMU» Pilotprojekte zur Förderung der regionalen Kreislaufwirtschaft und von Produktionsketten mit kurzen Transportwegen initiieren und unterstützen kann.</p>		
POS 2009/000334 2009/000113	01.04.2009 06.05.2009	Kisker Gabriele und Nagel Ueli Alterskonzept der Stadt Zürich
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das Alterskonzept der Stadt Zürich aus dem Jahre 2001 überarbeitet bzw. ergänzt werden muss, damit neuere Erkenntnisse (Altersbericht des Kantons 2005, Sella) und neueste Entwicklungen (NFA, KVG) berücksichtigt und konkrete Zielvorgaben zu ihrem Kernauftrag im Altersbereich gemacht werden können.</p>		
MOT 2009/001364 2009/000501	04.11.2009 24.03.2010	Anderegg Peter und Meier Daniel Bau eines Altersheims in Zürich-Seebach
<p>Der Stadtrat wird beauftragt dem Gemeinderat eine Weisung für den Bau eines Altersheims in Zürich-Nord zu unterbreiten.</p>		

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2009/001496 2009/000573	02.12.2009 11.12.2009	Knauss Markus und Glättli Balthasar Ausstieg aus der Atomenergie, Erarbeitung einer Informationskampagne
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadt Zürich mit einer Informationskampagne zum Ausstieg aus der Atomenergie im Sinne des Gemein- debeschlusses vom 11. 11. 2008 über die Stadt hinaus kritische Argumente zur Atomenergie verbreiten kann. Ein Betrag von 250'000 Franken könnte budgetneutral aus einer einmaligen Erhöhung der Ablieferung der Parkhäuser an die Stadtkasse (Konto 20323740.0700) gegenfinanziert werden.</i>		
POS 2010/000037 2010/000009	06.01.2010 20.01.2010	Grüne-Fraktion Service Wohnen im Altersheim Trotte, Auswertung Pilotprojekte in den Altersheimen Stampfenbach und Wildbach
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass vor der Umsetzung des Konzepts «Service Wohnen» im neuen Altersheim Trotte das Pilotprojekt in den Altersheimen Stampfenbach und Wildbach ausgewertet und eine Kostenevaluation durchgeführt wird. Dem Gemeinderat soll dazu bis zum Frühling 2011 ein Bericht vorgelegt werden, der die zu erwartenden Kosten und Nutzen aufzeigt.</i>		
POS 2010/000160 2010/000075	03.02.2010 03.03.2010	Bloch Süss Monika und von Matt Hans Urs Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für das Personal der Zentralwäscherei Zürich (ZWZ)
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadt Zürich nach dem Kauf der Zentralwäscherei Zürich (ZWZ), zusammen mit den anderen Mitaktionären, einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) abschliessen kann, der dem Personal Anstellungsbedingungen garantiert, die denen städtischer Angestellter in ver- gleichbaren Tätigkeiten entsprechen.</i>		
POS 2010/000941 620.110.100-002 2010/000405	22.09.2010 06.10.2010	Anhorn Ruth und Weiss Urs Notfallaufnahme Stadtspital Triemli, Montage von Schränken für persönliche Utensilien
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob in der Notfallaufnahme im Stadtspital Triemli abschliessbare kleinere Schränke für die persönlichen Utensilien wie Kleider, Tasche, Portemonnaie (meist alles zusammen eingepackt in einen Spitalplastiksack) in den einzelnen Behandlungsabteilungen montiert werden können.</i>		

### III. Abschreibungsanträge für Motionen und Postulate

Postulate, für die der Stadtrat dem Gemeinderat den Antrag auf Abschreibung stellt.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 1994/002077 1993/000453	15.09.1993 02.03.1994	Reinhard Anneliese und 16 Mitunterzeichnende Flughafen Kloten, Abflugrouten über das Stadtgebiet, Verhinderung

*Der Stadtrat wird gebeten, mit geeigneten Mitteln dafür zu sorgen, dass die Abflugroute, die vom Flughafen Kloten ausgeht, nicht über die Siedlungsgebiete der Stadt Zürich führen.*

Die im Postulat angesprochenen Abflüge in Richtung Süden und die damit verbundene Gefahr von direkt über Stadtgebiet startenden Flugzeugen haben mittlerweile zulasten anderer Pisten in Richtung Norden und Westen abgenommen. Eine massive neue Belastung für die Bevölkerung der Stadt Zürich sind seit dem Jahr 2003 die Südanflüge auf Piste 34. Der Stadtrat hat sich deshalb weiterhin mit allen rechtlichen und politischen Mitteln gegen diese und andere zusätzliche Fluglärmbelastungen auf Stadtgebiet eingesetzt. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang die rechtlichen Beschwerden im Bereich des vorläufigen Betriebsreglements (vgl. hängige Gerichtsverfahren in der Schweiz und in Deutschland) und die Einflussnahme auf den Koordinationsprozess Sachplan Infrastruktur Luftfahrt (Vernehmlassungen der Stadt Zürich vom 27. Oktober 2010 zum SIL-Objektblatt des Bundes und zum kantonalen Richtplan «Flughafen Zürich»).

POS 2000/001121  2000/000263	07.06.2000 06.09.2000	Savarioud Marcel und 17 Mitunterzeichnende Abflugvarianten Straight Away und Right Turn, Streichung bei der Erneuerung der Betriebskonzession
---------------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, mit welchen Massnahmen verhindert werden kann, dass die während des dreimonatigen Ausbaus des Flughafens Kloten getesteten Abflugvarianten Straight Away und Right Turn und das Anfliegen über Zürich Nord nach dem Ende des Flughafenbaus weitergeführt werden. Sie dürfen auf keinen Fall bei der Erneuerung der Betriebskonzession als mögliche Abflug- oder Anflugvarianten aufgenommen werden.*

Das Postulat geht von der Annahme aus, dass die künftigen An- und Abflugverfahren (wie die von den Postulanten erwähnten «Straight Away» oder «Right Turn») in der Konzession für den Betrieb des Flughafens Zürich geregelt werden. Jedoch sind An- und Abflugvarianten nicht Regelungsgegenstand der im Jahr 2001 in Kraft getretenen und noch bis zum Jahr 2051 geltenden Betriebskonzession, sondern des jeweils gültigen Betriebsreglements. Das Anliegen des Postulats ist nicht erfüllbar. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

POS 2002/001884 2002/000405	02.10.2002 30.10.2002	Im Oberdorf Bernhard Flugverkehr, Vermeidung von Südanflügen über Zürich Nord
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er unverzüglich bei den zuständigen Stellen in Bern darauf hinwirken kann, dass der Staatsvertrag mit Deutschland, der die Anflüge auf den Flughafen regelt, nicht ratifiziert wird, um Südanflüge über Zürich Nord zu vermeiden, und wie er bei den zuständigen Stellen vorstellig werden kann, um neu Navigationstechnologien – die gekrümmte statt gerade Anflüge erlauben – wie GBAS (oder notfalls MLS) möglichst rasch einzuführen.*

Der im Postulat angesprochene Staatsvertrag mit Deutschland ist bereits im Jahr 2003 von den Eidgenössischen Räten abgelehnt worden. Eine entsprechende Einflussnahme des Stadtrats ist somit unmöglich geworden. Zudem hat die Ablehnung des Staatsvertrags entgegen der Absicht des Postulanten nicht zur Vermeidung, sondern gerade zur Einführung der Südanflüge auf Piste 34 geführt.

Was die Unterstützung von neuen Navigationstechnologien anbelangt, ist zu bemerken, dass der Stadtrat das Ende 2005 eingereichte überarbeitete Gesuch von Unique Flughafen Zürich AG zur Einführung des «gekröpften Nordanflugs» begrüsst und sich gegenüber dem zuständigen Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl) auch dementsprechend eingesetzt hat. Das Gesuch ist indessen im Jahr 2008 aus Sicherheitsgründen abgewiesen worden. Das Bazl hat aber zugleich darauf hingewiesen, dass der gekröpfte Nordanflug evtl. bewilligt werden könnte, falls er mittels Satellitennavigation als Präzisionsanflug ausgestaltet werden könnte. In diesem Sinne soll er auch Bestandteil der weiterverfolgten Betriebsreglementsvarianten im Rahmen des Sachplans Infrastruktur Luftfahrt (SIL) bleiben. Der Stadtrat hat sich im Rahmen des SIL-Prozesses für ein Betriebssystem mit gekröpftem Nordanflug eingesetzt. Im SIL-Objektblatt des Bundes, zu welchem sich die Stadt Zürich mittels Vernehmlassung vom 27. Oktober 2010 geäußert hat, wurde der gekröpfte Nordanflug als Untervariante zur Betriebsvariante, welche die deutschen Sperrzeiten einhält, aufgenommen. Der gekröpfte Nordanflug ist nach heutigem Stand der Technik jedoch noch nicht durchführbar.

Das Anliegen des Postulats ist nicht in absehbarer Zeit erfüllbar.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 2003/001578 2003/000206	11.06.2003 25.06.2003	Im Oberdorf Bernhard und Ulcay-Hauser Raphaela-Franziska Südanflüge, Vermeidung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er sich dafür einsetzen kann, dass zur Vermeidung von Südanflügen über dicht besiedeltes Gebiet der sogenannte «gekröpfte» Anflug von Norden her umgesetzt werden kann. Es wird gebeten, dabei Druck auszuüben, dass bei guten Sichtverhältnissen dieser Anflug sofort umgesetzt wird; für schlechte Sichtverhältnisse wird gebeten, Druck auf eine möglichst rasche Installation der technischen Einrichtungen auszuüben: mittelfristig für die GPS-gestützten Technologien, kurzfristig für die Mikrowellen-gestützten Technologien.*

Der Stadtrat begrüsst das Ende 2005 eingereichte überarbeitete Gesuch von Unique Flughafen Zürich AG zur Einführung des «gekröpften Nordanflugs» auf Sicht und hat sich gegenüber dem zuständigen Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl) auch dementsprechend eingesetzt. Das Gesuch ist indessen im Jahr 2008 aus Sicherheitsgründen abgewiesen worden. Das Bazl hat aber zugleich darauf hingewiesen, dass der gekröpfte Nordanflug evtl. bewilligt werden könnte, falls er mittels Satellitennavigation als Präzisionsanflug ausgestaltet werden könnte. In diesem Sinne soll er auch Bestandteil der weiterverfolgten Betriebsreglementsvarianten im Rahmen des Sachplans Infrastruktur Luftfahrt (SIL) bleiben. Der Stadtrat hat sich im Rahmen des Koordinationsprozesses Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt (SIL) für ein Betriebssystem mit gekröpftem Nordanflug eingesetzt.

Im SIL-Objektblatt des Bundes, zu dem sich die Stadt Zürich mittels Vernehmlassung vom 27. Oktober 2010 geäussert hat, wurde der gekröpfte Nordanflug als Untervariante zur Betriebsvariante, welche die deutschen Sperrzeiten einhält, aufgenommen. Der gekröpfte Nordanflug ist nach heutigem Stand der Technik jedoch noch nicht durchführbar.

Das Anliegen des Postulats ist nicht in absehbarer Zeit erfüllbar.

POS 2004/000091 2004/000025	14.01.2004 25.01.2004	Im Oberdorf Bernhard und Haueter Kurt Südanflüge, Intervention bei der Deutschen Bundesregierung
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, in Sachen Südanflüge bei der Deutschen Bundesregierung in Berlin vorstellig zu werden, um die unzumutbaren Zustände (Protestaktionen, Auszug der Quartierbewohner) darzulegen und um eine Stellungnahme dazu zu bitten.*

Es gibt keine offiziellen Kontakte zwischen dem Stadtrat oder Mitgliedern der Verwaltung der Stadt Zürich und der Regierung oder Regierungsstellen der Deutschen Bundesregierung. Dies ist Sache des Bundes und des Kantons Zürich. Die Mitglieder des Stadtrats haben aber jegliche Möglichkeiten von inoffiziellen und informellen Kontakten mit Vertreterinnen und Vertretern der Deutschen Bundesregierung und des Landes Baden Württemberg wahrgenommen, um die Interessen der Stadt Zürich darzulegen, und werden diese Möglichkeit auch in Zukunft nutzen.

POS 2004/000203 2004/000045	28.01.2004 25.02.2004	Im Oberdorf Bernhard Gekröpfter Nordanflug, umgehende Anwendung bei guten Wetterverhältnissen
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten, in Bern darauf hinzuwirken, dass der gekröpfte Nordanflug bei guten Wetterverhältnissen, welche die Anwendung der Sichtflugregeln erlauben, umgehend angewendet wird.*

Der Stadtrat begrüsst das Ende 2005 eingereichte überarbeitete Gesuch von Unique Flughafen Zürich AG zur Einführung des «gekröpften Nordanflugs» auf Sicht und hat sich gegenüber dem zuständigen Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl) auch dementsprechend eingesetzt. Das Gesuch ist indessen im Jahr 2008 aus Sicherheitsgründen abgewiesen worden. Das Bazl hat aber zugleich darauf hingewiesen, dass der gekröpfte Nordanflug evtl. bewilligt werden könnte, falls er mittels Satellitennavigation als Präzisionsanflug ausgestaltet werden könnte. In diesem Sinne soll er auch Bestandteil der weiterverfolgten Betriebsreglementsvarianten im Rahmen des Sachplans Infrastruktur Luftfahrt (SIL) bleiben. Der Stadtrat hat sich im Rahmen des Koordinationsprozesses Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt (SIL) für ein Betriebssystem mit gekröpftem Nordanflug eingesetzt.

Im SIL-Objektblatt des Bundes, zu dem sich die Stadt Zürich mittels Vernehmlassung vom 27. Oktober 2010 geäussert hat, wurde der gekröpfte Nordanflug als Untervariante zur Betriebsvariante, welche die deutschen Sperrzeiten einhält, aufgenommen. Der gekröpfte Nordanflug ist nach heutigem Stand der Technik jedoch noch nicht durchführbar.

Das Anliegen des Postulats ist erfüllt.

POS 2005/001529 2005/000529	07.12.2005 21.12.2005	Jäger Alexander Eisenbahnbrücke zwischen Wipkingen und Industriequartier, Massnahmen gegen Lärmbelastung
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Eisenbahnbrücke über die Limmat (Strecke Bahnhof Hardbrücke–Bahnhof Oerlikon) zwischen Wipkingen und dem Industriequartier bezüglich Lärm für die Bewohnerinnen und Bewohner am Hang verbessert werden kann.*

Im Jahr 1998 wurden im Zusammenhang mit der Überbauung LimmatWest Lärmschutzwände auf dem Hardturmviadukt realisiert. Die SBB plante damals die Lärmsanierung des Huckepackkorridors. Sie war im Bereich Hard Lärmsanierungspflichtig, da bei mehreren Gebäuden am Käferberg die Grenzwerte überschritten wurden. Die beiden Projekte auf dem Hardturmviadukt, nämlich privater Lärmschutz für LimmatWest und Lärmsanierung SBB, wurden zusammen ausgeführt, wobei die SBB die Kosten für den nördlichen Teil der Wände übernahmen. Es wurden 2 Meter hohe, hochabsorbierende Aluminiumwände erstellt, die den üblichen Anforderungen an Lärmschutzwände entsprechen. Dies führte zu einer deutlich wahrnehmbaren Verbesserung für die Gebäude am Käferberg. Der Streckenabschnitt gilt aus städtischer Vollzugssicht als lärmsaniert, und die Sanierungspflicht der SBB ist erfüllt. Mit den seit 1998 vorgenommenen Massnahmen konnte eine erhebliche Entlastung für die Umgebung erreicht werden. Auf eine zusätzliche Minderung des Lärms, der z. B. durch Güterzüge auf dieser Strecke entsteht, hat die Stadt keinen direkten Einfluss. Weitergehende Massnahmen auf dem Ausbreitungsweg auf dieser Strecke wären für die Stadt mit sehr grossem finanziellem Aufwand verbunden. Angesichts des bedeutenden anstehenden Sanierungsbedarfs an stark immissionsbelasteten Strassen kann es nicht Aufgabe der Stadt sein, eine weitere Optimierung des von der Eisenbahnbrücke Wipkingen verbleibenden Eisenbahnlärms an die Hand zu nehmen.

Der Stadtrat erachtet das Postulat als erfüllt und beantragt Abschreibung.

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2007/000954 2007/000491	12.09.2007 26.09.2007	Stucker Rolf und Anhorn Ruth Pissoir am Bürkliplatz, Verhinderung von Geruchsimmissionen

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Geruchsimmissionen des Pissoirs am Bürkliplatz nachhaltig verhindert werden können.*

Das Pissoir/Urinal am Bürkliplatz/Stadthausanlage wurde 2009 umfassend saniert und unterliegt seither einer erhöhten Kontrolle sowie Reinigungsintensität. Es wird täglich oft benutzt und trägt wesentlich dazu bei, die Wildpinkerei in diesem Stadtraum zu vermindern. Das Pissoir bleibt so lange in Betrieb, bis im Zusammenhang mit dem Ersatz des Kioskgebäudes die Versorgung der Stadthausanlage mit Toiletten für die Kiosk Kundinnen/-kunden und -mitarbeitenden, die Marktbesuchenden und -fahrerinnen/-fahrer sowie die allgemeine Öffentlichkeit ohne dieses Pissoir ausreichend ist. Auch im Geschäftsjahr 2010 sind keine Beanstandungen im Zusammenhang mit diesem Pissoir eingegangen. Der Stadtrat erachtet das Postulat als erfüllt und beantragt Abschreibung.